Einzelpreis 15 Pfg. • 2. Jahrgang | Freitag, den 4. Juli 1919 | Nummer 312 • Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatl. 3,— Mk., bei Zustellung unter Streifband 5,— Mk. Die „Freiheit" ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2895 und 2896.

Inserate kosten die achtgespalt. Nonpareillezeile oder deren Raum 1,20 Mk., Wortanzeigen das fettgedruckte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 50 Proz. Familien- und Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9768

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Deutsche Soldaten für die baltischen Barone.

Die Säbeldiktatur in Riga.

Wir erhalten vom Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Lettlands folgendes Telegramm aus Libau:

In Riga hat General von der Goltz eine blutige Diktatur aufgerichtet. Nach dem Sturz seines Strohmannes Needra funktioniert dort keine lettländische Behörde. Die feudale deutsch-baltische Landeswehr ist vom demokratischen lettisch-estnischen Heer geschlagen. Nur noch deutsche Soldaten verteidigen die baltischen Barone.

Die sozialdemokratische Partei und die gesamte Demokratie Lettlands fordern die unverzügliche Räumung Rigas vom deutschen Heer, das in verbrecherischer Weise gegen die Demokratie für den feudalen Adel kämpft.

J. A.: Dr. F. Mender.

Verhandlungen im Verkehrsstreik

Das Reichsarbeitsamt auf Anregung des Vollzugsrats zur Vermittlung bereit.

Der Vollzugsrat hielt am 3. Juli cr. eine Sitzung ab, in der vom Vorsitzenden mitgeteilt wurde, daß die vom Vollzugsrat gewählte Kommission, die mit dem Reichswehrminister wegen der Verhaftungen und der Herstellung der Preßfreiheit verhandeln sollte, nun am Freitag vormittag eine Besprechung mit dem Reichswehrminister haben wird.

Der Verkehrsstreik, der in der gestrigen Sitzung des Vollzugsrates bereits Gegenstand der Verhandlung war, wurde erneut besprochen. Die von seiten des Vollzugsrates mit dem Reichsarbeitsamt stattgefundenen Verhandlungen haben dazu geführt, daß, falls beide in Frage kommenden Kontrahenten auf Anregung des Vollzugsrates zu einer Verhandlung bereit sind, auch das Reichsarbeitsamt eine Vertretung zu dieser Verhandlung entsenden wird. Der Vollzugsrat hat beschlossen, die Organisation der Verkehrsunternehmungen unter Hinzuziehung des Oberbürgermeisters Wermuth sowie einer Vertretung des Personals der in Betracht kommenden Unternehmungen zu einer auf Freitag nachmittag 2 Uhr festgesetzten Sitzung einzuladen, um, wenn irgend möglich, eine Einigung herbeizuführen. Des weiteren wurde beschlossen, zum Sonnabend, den 5. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, eine Vollversammlung der Arbeiterräte einzuberufen.

Freitag Verhandlungen im Vollzugsrat.

Ferner wird vom W. T. B. mitgeteilt:

Der Groß-Berliner Vollzugsrat hat für Freitag nachmittag 2 Uhr in den Zelten eine Versammlung anberaumt und dazu Einladungen an die Behörden, die Verkehrsgesellschaften, den Oberbürgermeister und die Vertreter der streikenden Angestellten ergehen lassen, um in Gemeinschaft mit diesen Organisationen die Lage zu besprechen und möglichst das augenblickliche Verkehrselend zu beseitigen. Ob die Eingeladenen dem Rufe des Vollzugsrats folgen werden, ist sehr zweifelhaft. Ferner haben die Bureauangestellten der Großen Berliner heute nachmittag im Gewerkschaftshause nach einem Vortrag des Syndikus der Gesellschaft Dr. Moser der ihnen den Kontraktbruch nachwies, beschlossen, den Streik abzubrechen und morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Strafe für die Berliner Bevölkerung?

Stadtbahnverkehr erst in 5 Tagen.

Berlin, 3. Juli.

Trotz Aufhörens des Eisenbahnerstreiks kann die Berliner Stadt- und Ringbahn nicht in Betrieb genommen werden. Die Betriebsleitung hat einen derartigen Mangel an Lokomotiven aufzuweisen, daß sie schon in der letzten Zeit immer nur von der Hand in den Mund gelebt hat. Von den vorhandenen ganz geringen Beständen an Maschinen war immer nur ein Teil im Betrieb, der andere Teil in Reparatur. Wenn eine Maschine einige Wochen, höchstens einige Monate im Betriebe war, so mußte sie, infolge des schlechten Materials, mit dem jetzt gearbeitet wird, in den Werkstätten einer genauen Durchsicht unterzogen werden. Die Streiktage haben nun so ungünstig gewirkt, daß nur eine geringe Zahl intakter Maschinen zur Verfügung steht. Es ist unmöglich, mit diesen eine regelmäßige Zugfolge zu gewährleisten. Die Eisenbahndirektion Berlin sieht sich daher veranlaßt, das Publikum auf einige Tage zu vertrösten. Sie wird ihr Möglichstes daran setzen, den Betrieb in 4—5 Tagen wieder aufzunehmen.

Es ist eine unerhörte Maßnahme, daß die Herren Bureaukraten die so notwendige Wiederaufnahme des Stadtbahnverkehrs aus den nichtigsten Gründen volle fünf Tage verzögern wollen. In der Begründung dieser Maßnahme wird man vergeblich nach sachlichen Gründen suchen. Die Behauptung, daß die „Streiktage" so ungünstig gewirkt haben, daß nur eine geringe Zahl intakter Maschinen zur Verfügung steht, wird genau so wenig als eine stichhaltige Begründung angesehen werden können als im März der angebliche Kohlenmangel.

Will die Eisenbahnbehörde, daß ihre Anordnung nicht als eine Strafe gegen die Berliner Bevölkerung angesehen werden soll zu dem Zweck, ihr die Sympathie für die streikenden Eisenbahner auszutreiben, so muß sie für schleunigste Aufnahme des Stadt- und Ringbahnverkehrs sorgen.

Hetze und Heuchelei.

Bewaffnetes Einschreiten gegen die Frankfurter Eisenbahner.

Berlin, 3. Juli.

Der in Berlin vorläufig beigelegte Eisenbahnerstreik ist von den Führern nach Frankfurt a. Main und Umgegend verlegt worden. Kein Wunder, daß die politischen Wühlereien gerade dort Erfolg gehabt haben. Frankfurt ist der Sitz des Zentralrates, der die bekannten kommunistischen Flugblätter verbreitet, und seit Monaten der Herd der radikalen Verhetzung unter den Eisenbahnern. Die Inszenierung des Streiks in Frankfurt gerade im jetzigen Zeitpunkte beweist wiederum, wie volksfeindlich und selbstsüchtig die politischen Drahtzieher vorgehen. Sofort nach der gestern für Anfang nächster Woche angekündigten Ratifikation des Friedens durch Deutschland soll der von allen Deutschen so heiß ersehnte Rücktransport unserer armen Kriegsgefangenen beginnen. Mittelpunkt für diese riesigen Transporte wird naturgemäß Frankfurt a. M. sein müssen. Selbst wenn aber bis dahin der Streik beendet sein sollte, sind die Schäden, die er im Betriebe und unter dem Maschinenpark der Eisenbahn anrichtet, so bedeutend, daß der Transport der Gefangenen dadurch empfindlich leiden muß. Schuld daran sind dieselben Leute, die mit der Verbilligung der Lebensmittel nicht zufrieden sind, weil sie nicht nur den Eisenbahnern, sondern dem ganzen Volke zugute kommt! Es ist die Pflicht der Regierung, in Frankfurt den Hetzern ebenso energisch zu Leibe zu gehen, wie das in Berlin geschehen ist.

Anfang und Ende dieser Kundgebung sind besonders bezeichnend für die Stimmungsmache, die gegenwärtig betrieben wird. Die Kundgebung wird vom Wolffschen Bureau verbreitet und stammt von der Regierung, die sich damit selbst auffordert, energisch zu sein. Aber auf diese Weise wird heute gearbeitet, ebenso wie die Kundgebung auch diesen Streik als von den Führern gemacht ansieht.

Widerlich aber ist es, zu lesen, daß die Leute, die durch die Ablehnung der Friedensbedingungen das Schicksal der Kriegsgefangenen auf Monate oder Jahre hinaus völlig ungewiß machen wollten, jetzt anderen den völlig unbegründeten Vorwurf machen, durch ihr Verhalten werde der Rücktransport der Kriegsgefangenen gefährdet. Das geschieht in viel größerem Umfange durch das Verhalten der Regierung, die durch das Eingreifen der bewaffneten Macht die Erregung ständig aufs neue steigert.

Amerikanische Kredite für Deutschland.

Amsterdam, 3. Juli.

Der Parlamentskorrespondent der „Daily News" berichtet, es verlaute gerüchtweise, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, Deutschland große Kredite für Wareneinkäufe zu gewähren, sobald die Blockade aufgehoben ist.

Der Boykottbeschluß gegen die Freiwilligen-Verbände.

Von Gustav Stahlberg.
Vorsitzender der U. S. P.-Arbeiterräte.

In der letzten Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte stand der Boykott der Freiwilligenverbände als vierter Punkt auf der Tagesordnung.

In einem von der Fraktion der S. P. D. dazu eingebrachten Antrag heißt es unter anderem:

„Die Fraktion bezeichnet es als unsittlich, daß die politische Ueberzeugung Andersdenkender mit Stockschlägen auf den Magen bestraft wird."

Das ist nun — gelinde gesagt — eine grobe Entstellung der Tatsachen; denn jeder halbwegs klardenkende Mensch weiß, daß die Freiwilligen in ihrer übergroßen Masse von der Politik keine Ahnung haben und es nicht die Absicht des Boykottbeschlusses war, die politische Anschauung der Freiwilligen zu ächten.

Die Fraktion der U. S. P. D. ließ durch ihren Fraktionsvorstand nach fast sechsstündiger Tagung und nachdem ein gutes Drittel von den vorher Anwesenden bereits den Saal verlassen hatte und andere sich anschickten, dasselbe zu tun, einen Antrag auf Vertagung dieses Punktes stellen, welcher auch angenommen wurde.

Wir revolutionären Arbeiterräte sind die Vollstrecker des Willens der arbeitenden Masse. Wenn unsere Wähler der Meinung sind, daß sich die Verhältnisse geändert haben, und daß ihre Stellungnahme zum Boykott zur Zeit eine andere sein kann wie früher, so werden sie sie ändern. Sie können das um so eher, als der Boykottbeschluß die beabsichtigte Wirkung ausgeübt hat und ein merklicher Stimmungsumschwung bei den Angehörigen der Freiwilligenverbände eingetreten ist. Sie sind zur Einsicht gekommen, daß sie in arger Verkennung der Dinge sich auf einen falschen Weg begeben haben, auf dem sie umkehren müssen, um den Weg zu suchen, der sie wieder zu ihren, schwer um ihr Leben und ihre Existenz ringenden Menschen- und Arbeitsbrüdern führt.

Der Weg zu uns, zur friedlichen Arbeit zurück ist denen, die sich offen zu ihrem Irrtum bekennen, nicht für immer verrammelt. Die Arbeiter sind keine Tyrannen. Sie wissen sehr wohl, daß ein erheblicher Teil der Freiwilligen aus Sorgen um das tägliche Brot und durch Vorspiegelungen falscher Tatsachen sich ködern ließ.

Zur Klärung dieser Dinge sind wir deshalb bereit. Wir weichen den Dingen nicht feige aus, aber wir sind Männer, die ein Prinzip haben, und die nicht gewillt sind, einen so ernsten Beschluß, der aus der arbeitenden Masse heraus zum Ausdruck gekommen ist, auf den Druck von außen hin umzustoßen.

Der Boykott hat sein Gutes gehabt. Er hat die Einsichtigen bei den Freiwilligentruppen, insbesondere alle diejenigen, die sich noch ein menschliches Denken und Fühlen bewahrt haben, zur Erkenntnis gebracht.

Die jungen Leute, die erst in das rauhe Land des Lebens hineingehen und den Kampf mit dem Dasein aufnehmen müssen, haben zum Teil erkannt, daß das Handwerk, das sie zur Zeit treiben, das denkbar ungeeignetste ist, den zerrütteten Planeten, auf dem wir hausen und weiterleben müssen, wieder erhaltungsfähig zu gestalten. Nur wenn sich das Proletariat zusammenschließt, können wir siegen gegen Kapitalismus und Imperialismus. Je schneller das geschieht, desto früher können wir zur friedlichen, fruchtbringenden Arbeit schreiten, die uns allen zum Leben so bitter nottut.

Der Kapitalismus muß überwunden werden. Er ist das Unglück der Menschheit. Er schwört Katastrophe auf Katastrophe über uns herauf, und zieht dann lächelnden Antlitzes seine Profite aus der Menschheit Unglück und Verderben.

Wir schreien weder nach Blut noch nach Rache. Jedes Menschenleben ist uns heilig und teuer, und durch den Geist versuchen wir die bösen Triebe, die in manchen Menschen wuchern, auszurotten. Störe man uns nicht dabei. Die Revolution lassen wir uns nicht erwürgen. Wir sind gewillt, ihr mit geistigen Waffen zum Siege zu verhelfen. „Waffen habe ich viele," sagt Genosse Ernst

Däumig, „aber sie liegen und stehen alle auf meinem Bücherregal." — Merke sich jeder diesen Ausspruch.

Wie so viele Beschlüsse, so hat auch der Boykottbeschluß sehr aufklärend gewirkt. Deshalb kann die Berliner Arbeiterschaft erneut zu ihm Stellung nehmen und durch die von ihr gewählten Arbeiterräte ihre Meinung darüber kundgeben.

Der Boykottbeschluß war ein Mittel zum Nachdenken für alle diejenigen, die davon betroffen wurden. Dieser Zweck ist erreicht worden, deshalb kann jetzt erneut geprüft werden, welche Stellung die Arbeiterschaft zu den Angehörigen der Freiwilligenverbände einnehmen muß.

Die Arbeiterschaft, die durch eine ernste Schule gegangen ist, und die weiß, was sie will und wie sie zu kämpfen hat, wird sich nicht beirren noch provozieren lassen. Aber sie wird sich auch durch Drohungen keine Waffe aus der Hand winden lassen, die sie anzuwenden für nötig hält im Kampfe um ihre heiligsten Güter.

Das Urteil im Prozeß Klüber.

Halle (Saale), 3. Juli.

In dem Prozeß wegen Ermordung des Oberleutnants von Klüber, der am 2. März in Halle nach dem Einrücken der Regierungstruppen während der spartakistischen Unruhen von einer Menschenmenge zur Saale geschleppt, in den Fluß gestoßen wurde und durch Schüsse schwer verletzt unterging, wurde heute nach zehntägiger Verhandlung vor dem hiesigen Schwurgericht das Urteil gefällt.

Von den elf Angeklagten wurde der Militärinvalide Otto Bauer wegen Mordes zum Tode verurteilt. Wegen Beihilfe zum Morde erhielten der Schauspieler Heinrich Gierhold dreizehn Jahre sechs Monate, der Handlungsgehilfe Rudolf Richter zwölf Jahre, der Geschirrführer Kurt Kyritz zehn Jahre Zuchthaus, wegen Totschlags der Mechaniker Erich Fiedler neun Jahre Zuchthaus. Gegen die übrigen Angeklagten Monteur Max Rädel, Soldat Stephan Thaler, Schlosser Max Jungmann und Arbeiter Oskar Suhle wurde wegen schweren oder einfachen Landfriedensbruches auf Zuchthaus und Gefängnisstrafen erkannt. Der Maurer Max Kelz erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung sechs Monate Gefängnis. Der Arbeiter Musculus wurde freigesprochen.

Ein objektives Urteil über den Verlauf des Prozesses und über die Vorgänge, die zu jener unseligen Tat geführt haben, wird kaum möglich sein, da der einzige Bericht, der über den Prozeß zur Verfügung steht, von einer bürgerlichen Korrespondenz ausgeht und daher wohl kaum eine unbedingt objektive, über der Parteien Haß und Neid stehende Darstellung gibt. Aber auch aus diesem Bericht ergibt sich, daß es nur die durch die Provokationen und Gewalttätigkeiten der tags zuvor in Halle eingerückten Nosketruppen zur Siedehitze gesteigerte Volkswut gewesen ist, welche die Massen in eine Art Gesamthypnose getrieben und so jene furchtbare, auch von uns mit aller Entschiedenheit verurteilte Tat veranlaßt hat.

Wie erregt die Geister auch der unbeteiligten Zuschauer bei jenen Ereignissen gewesen sind, das ergibt sich schon daraus, daß nicht einer der Zeugen imstande gewesen ist, mit Bestimmtheit den Verlauf der Ereignisse zu beschreiben und die Täter zu bezeichnen. Nach dem einen soll es ein Zivilist, nach dem anderen ein Soldat gewesen sein, der auf den ins Wasser geworfenen Oberstleutnant v. Klüber den tödlichen Schuß abgefeuert hat. Ein Teil der Zeugen bezeichnete mit Bestimmtheit in einem oder mehreren der Angeklagten den oder die Täter, während andere, ebenso glaubwürdige Zeugen mit voller Bestimmtheit unter ihrem Eide bekundeten, daß die Betreffenden als Täter nicht in Betracht kämen. So bot der Prozeß ein recht verworrenes Bild, und ein wahrer Schuldbeweis der einzelnen Angeklagten an der Ermordung selber dürfte kaum geführt sein.

Aber auch, wenn diejenigen der Angeklagten, die nach dem Urteilsspruche des Mordes und der Beihilfe zum Morde für schuldig befunden sind, tatsächlich die wahren Täter sind, so haben sie die Tat, wie die Beweisaufnahme ergeben hat, nicht aus Mordlust oder verbrecherischer Gesinnung begangen, sondern einzig und allein unter dem Zwange der politischen Leidenschaft.

Ein strenges Urteil hat sie getroffen. Wir rütteln an ihm nicht. Denn Strafe muß eben die Folge jedes Verbrechens sein. Doch ein eigentümliches Gefühl überkommt einen, wenn man das Urteil dieses Mordprozesses mit dem in jenem anderen gegen die Mörder Liebknechts und Rosa Luxemburgs vergleicht. Hier ungebildete Arbeiter, aus augenblicklicher Leidenschaft heraus handelnd und kaum noch Herren ihrer Sinne, wie es im Prozesse festgestellt wurde, dort feingebildete Offiziere, mit voller Ruhe ihren langdurchdachten Mordplan ausführend; hier Todesurteil, dort Freispruch; hier das strenge Recht, dort offene Parteilichkeit.

Eine Herausforderung der Königsberger Arbeiter.

Zum Polizeipräsidenten von Königsberg i. Pr. ist der Rechtssozialist Lübbring, ein ehemaliger Beamter des Bauarbeiterverbandes, von der preußischen Regierung ernannt worden. Ist es schon ein Hohn auf die angeblichen revolutionären Errungenschaften, daß die Bevölkerung nicht selbst bestimmen soll, wer einen solchen Posten bekleiden darf, sondern daß genau wie früher über ihre Köpfe hinweg die Ernennungen erfolgen, so bedeutet es geradezu eine Herausforderung der Königsberger Arbeiterschaft, daß man ihnen diesen Lübbring vorsetzt. Der Mann hat während des Krieges in der niederträchtigsten Weise die Opposition in der Partei bekämpft, er war es an erster Stelle, der den Königsberger Arbeitern ihre „Volkszeitung" geraubt hat, er beschimpft noch heute in der maßlosesten Art die Unabhängige Sozialdemokratie. Zudem ist er als die rechte Hand Winnigs dafür verantwortlich, daß die Arbeiterschaft von Königsberg durch die Aufrichtung eines militärischen Gewaltregiments aufs äußerste gereizt worden ist. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat denn auch sofort in einem Telegramm an den Ministerpräsidenten gegen die Ernennung Lübbrings protestiert. Es heißt darin:

„Wir erblicken in der Ernennung eine Herausforderung der hiesigen Arbeiterschaft und lehnen jede Verantwortung dafür ab, wenn als Folgeerscheinung Generalstreiks oder noch Schlimmeres eintreten sollte."

Wir erwarten nicht, daß der Ministerpräsident oder gar der Minister des Innern, Herr Heine, die Ernennung rückgängig machen werden, denn dieser Lübbring paßt zu ihnen wie ein schlechtes Ei zum andern. Sie werden es eher auf das schlimmste ankommen lassen, als daß sie dem Massenwillen der Arbeiter Rechnung tragen.

Der Emontsbrief.

In einigen bürgerlichen Blättern wird jetzt der Brief veröffentlicht, der die Veranlassung zur Verhaftung des Bankbeamtenführers Emonts gegeben hat. Er hat, unter Fortlassung der darin angegebenen Namen, folgenden Wortlaut:

Berlin, den 18. April 1919.

„Liebe Genossin!

Durch die Generalstreikproklamation im Bankgewerbe bin ich naturgemäß sehr stark in meiner bisherigen Tätigkeit behindert gewesen. Ich konnte Ihnen infolgedessen auch nicht den gewünschten Bericht über meine bisherige Agitation unter der britischen und amerikanischen Besatzungstruppe liefern. Ich hole dies hiermit nach.

In Verbindung mit Genossin Rosi Wolffstein habe ich bei Ausbruch der Revolution die Propaganda unter der Besatzungstruppe angeregt und als Leiter der Nachrichtenstelle des Arbeiterrates Köln die mir unterstehende Telefunkenstation der Kölner Garnison dazu benutzt, mehrere Funksprüche an die französische und britische Armee gelangen zu lassen. Als diese Funksprüche dem der mehrheitssozialistischen Partei angehörenden Redakteur Solmann von der Rheinischen Zeitung bekannt wurden und außerdem verschiedene Telephongespräche, die ich mit der Rosta-Zentrale in Berlin führte, wurde Redakteur Solmann vom Arbeiterrate Köln die Leitung der Nachrichtenabteilung übertragen, was mich veranlaßte, mein Amt im Arbeiterrate Köln niederzulegen. Ich bin daraufhin in meine jetzige Stellung zurückgekehrt und habe mit Genossin Wolffstein gemeinsam gelegentlich des ersten Kommunisten-Kongresses im Dezember v. J. eine Verhandlung mit Genossen Leo Jogisches gehabt. Auf Grund dieser Verhandlung wurde mir die Agitation unter der britischen und amerikanischen Armee übertragen.

Ich begab mich am 6. Januar nach Düsseldorf, verhandelte dort in dieser Angelegenheit mit der „Düsseldorfer Volkszeitung" und begab mich alsdann in das besetzte Gebiet, um die Voraussetzungen für eine regelrechte Agitation zu schaffen. In Köln habe ich alsdann bei der Genossin B. eine Agitationszentrale geschaffen, durch die Kölner Genossen, die auf dem Standpunkt der Diktatur des Proletariats stehen, jederzeit erreichbar sind. Gleichzeitig wurde, da sich einstweilen innerhalb des besetzten Gebietes keine Druckerei bereitfand, die Flugblätter zu drucken, deren Text ich von Berlin empfing, durch den Genossen S . . ., Düsseldorf, eine rechtsrheinische Zentrale geschaffen, die den Druck von Pässen, Flugblättern usw. zu vermitteln hatte. Die rechtsrheinische Druckzentrale wurde durch die Genossin M., Barmen, mit Aufträgen versehen. Ebenso wurden bei dieser Genossin die fertiggestellten Flugblätter durch Kölner Genossen und Genossinnen abgeholt, um alsdann der Kölner Zentrale übermittelt zu werden.

Die Kölner Zentrale ihrerseits steht und stand in Verbindung mit britischen und amerikanischen Truppen, die ihrerseits bereits eigene Texte für Flugblätter entwerfen. Ein Schreiben, in dem ich die Berliner Zentrale der Kommunistischen Partei aufforderte, weitere Mittel zum Drucke von Flugblättern und weitere Texte an die Düsseldorfer Adresse zu übermitteln, ist dem Genossen F. durch die Genossin T. übergeben worden. Das Schreiben hat jedoch den Genossen Jogisches nicht mehr erreicht, da inzwischen die Märzreaktion ausgebrochen war.

Infolge der zahlreichen Verhaftungen ist nunmehr einmal die Zentralisation der Flugblattpropaganda zerstört. Ich bin nicht mehr darüber informiert, ob und in welchem Umfange die Flugblattpropaganda noch wirksam betrieben wird. Auf der anderen Seite wird mir von der Kölner Zentrale mitgeteilt, daß die amerikanischen Genossen dringend meine Anwesenheit zu Ostern wünschen. Ich würde nunmehr auch für den Fall, daß der Generalstreik der Bankangestellten meine Abwesenheit irgendwie ermöglicht, zu Ostern in das besetzte Gebiet fahren und mich darüber orientieren, wieweit einmal die Propaganda und Organisation fortgeschritten ist. Darüber hinaus würde ich die weiteren organisatorischen Arbeiten übernehmen, wenn mir die entsprechenden Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Genossin B. ist ebenfalls durch die Genossin W. über mich informiert. Außerdem besteht die Möglichkeit, sich durch Genossen Theodor Liebknecht jederzeit bei der Genossin W. über die Richtigkeit meiner hier gemachten Angaben zu informieren. Ich muß aber dringend darum bitten, daß mir endlich die Mittel zu der entsprechenden großzügig angelegten Propaganda zur Verfügung gestellt werden und ich gleichzeitig nochmal autorisiert werde, die Propaganda in dieser Weise zu leiten. Ich bitte daher die Zentrale der Kommunistischen Partei, diese hochwichtige und für die Ausbreitung der Idee direkt ausschlaggebende Angelegenheit so schnell als möglich in dem einen oder anderen Sinn zu regeln und mir Nachricht zukommen zu lassen.

Ich vermisse auch seitens der Kommunistischen Partei jegliche Unterstützung gelegentlich meiner Proklamation der Generalstreik der Bankangestellten. Gerade bei diesem Streik müßte und muß meines Erachtens unbedingt die Möglichkeit vorhanden sein, die Arbeiter zu einer Aktion gegen die Regierung zu veranlassen. Die einschneidenden Wirkungen, die durch das stillgelegte Bankgewerbe herbeigeführt werden, brauche ich wohl nicht im einzelnen zu schildern, um so nötiger wäre es, daß jetzt die Arbeiterschaft Berlins aufgerufen wird, um nicht wieder die im ganzen Reiche sich vollziehenden Aktionen zu verzetteln. Ich habe heute veranlaßt, daß alle größeren Bankplätze in den Generalstreik einbezogen werden sollen. Ich bitte dringend darum, daß nun endlich auch in Berlin irgendwie eine Aktion seitens der Arbeiterschaft in die Wege geleitet wird. In der Elektrizitätsindustrie dürften die Verhältnisse mehr als reif sein."

Zunächst wird man die Frage stellen dürfen, aus welchen Quellen die Blätter, die den Brief veröffentlichen, gespeist worden sind. Bisher war es nicht üblich, daß die Anklagebehörde ihr Material veröffentlichte, um Stimmung gegen den von ihr Beschuldigten zu machen. Diese Veröffentlichung ist, das muß gesagt werden, aus politischen Gründen erfolgt, sie bedeutet eine Verletzung der Interessen des Verhafteten und zugleich einen Verstoß gegen die Grundlage einer wirklichen Rechtspflege, die objektiv die Schuldbeweise ermitteln soll.

Daß Emonts die Interessen der Bankangestellten durch diesen Brief verletzt hätte, kann selbst der böseste Wille nicht behaupten, und der findigste Staatsanwalt wird kein Hochverratsdelikt in ihm finden können. Es wäre aber manches in politischer Hinsicht zu dem Briefe zu bemerken, wenn es uns nicht widerstrebte, einen Mann anzugreifen, der sich augenblicklich nicht wehren kann.

Ganz allgemein kann bei dieser Gelegenheit aber gesagt werden, daß sich wiederum erweist, wie die Taktik der Kommunisten sich nicht auf der Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Grundlagen aufbaut, sondern sich von illusionären Wünschen und Hoffnungen bewegen läßt und an der Ueberschätzung individueller Propaganda von außen leidet. Wenn die deutsche Revolution so viele Rückschläge erleiden mußte, so trägt einen Teil der Schuld daran die kommunistische Taktik, die eine verzweifelte Aehnlichkeit mit der unglückseligen Politik der deutschen Emigranten in der Mitte des vorigen Jahres hat, an der schon Marx und Engels eine scharfe Kritik geübt haben.

Die Bankbeamten zur Verhaftung von Emonts.

Die am 2. Juli im Plenarsitzungssaal des Herrenhauses zu Berlin tagende Vertrauensmännerversammlung des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten stellt zur Verhaftung des Kollegen Emonts folgendes fest:

1. Die politische Tätigkeit von Karl Emonts hat mit der gewerkschaftlichen Organisationsarbeit des Verbandes nichts zu tun. Die Verbandsmitglieder werden nach wie vor ihre Arbeitnehmerinteressen mit allem Nachdruck zur Geltung bringen, ohne auf politische Brunnenvergiftung Rücksicht zu nehmen, in der Erkenntnis, daß für die Verbandspolitik einzig und allein die rein wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder maßgebend sind, und daß über die anzuwendenden Mittel einzig und allein die Stimmen der Mitglieder entscheiden müssen.

2. Der Generalstreik im April und seine Ausbreitung auf das Reich ist nicht durch Emonts veranlaßt worden. Vielmehr haben die Berliner Bankangestellten, nachdem die Großbanken die Leistung von Streikarbeit zugunsten der Darmstädter Bank verlangten, einmütig den Streik beschlossen, dessen technische Leitung und Durchführung vollständig in den Händen der aus Angestellten aller Institute zusammengesetzten Streikleitung gelegen hat.

3. Die Vertrauensleute lehnen es ab, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Für sie gibt es keinen „Fall Emonts". Die Vertrauensmännerversammlung gibt ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß Emonts hoch über dem Verdacht erhaben ist, irgendeine ehrenrührige Handlung begangen zu haben. In der Anerkennung der großen Dienste, die Emonts der Bankbeamtenbewegung als Führer von außergewöhnlicher Befähigung und nie versagender Arbeitskraft geleistet hat, ist sich die Versammlung einig.

4. Bis zur gerichtlichen Entscheidung und Klarstellung der Angelegenheit ergeht daher der Ruf an die gesamte gewerkschaftlich denkende Kollegenschaft, ruhigen Sinn zu bewahren, den gelben Hausvereinlern mit aller Energie ihr schmutziges Handwerk zu legen und jetzt erst recht allen politischen Unkenrufen zum Trotz fest zusammenzustehen für kraftvolle Wahrnehmung der reinen Bankbeamteninteressen.

Die Versammlung drückt ihre Verwunderung darüber aus, daß die Anklagebehörde ganz im Gegensatz zu der sonstigen Gepflogenheit, die sie zur Zurückhaltung während der geheimen Voruntersuchung verpflichtet, einen Vorstoß gegen den Beschuldigten durch teilweise Veröffentlichung seines Briefes unternommen hat und glaubt, dieses ganz außergewöhnliche Verhalten auf Bestrebungen von interessierter Seite zurückführen zu sollen.

Bauer, Noske und Hindenburg.

Der Ministerpräsident Bauer hat an Hindenburg folgendes Telegramm gerichtet:

„Im Namen der Reichsregierung sage ich Ihnen, Herr Generalfeldmarschall, noch einmal unseren unabänderlichen Dank für alle Dienste zum Besten des Vaterlandes. In Tagen der Not wurden Sie gerufen, in Tagen noch schlimmerer Nöte schließen Sie Ihre Aufgaben ab. Wir, die wir im Zwange der Pflicht auf unseren Posten bleiben müssen, werden immer ein großes Vorbild in der Art sehen, wie Sie die Pflicht gegenüber dem Vaterland höher gestellt haben als persönliche Gefühle und Anschauungen."

Der Reichswehrminister Noske hat folgendes telegraphiert:

„An dem Tage, an dem Sie den Oberbefehl niederlegen, ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Feldmarschall, im Namen der neuen deutschen Wehrmacht den herzlichsten und unauslöschlichen Dank des Vaterlandes für Ihre treu geleisteten Dienste auszusprechen. Wie Sie als ruhmgekrönter Feldherr unsere Heere in Feindesland geführt haben, wird unvergeßlich in der Geschichte fortleben. Besonders aber muß Deutschland Ihnen dankbar sein für die Mühe und Sorgfalt, mit der Sie in der letzten schweren Zeit die militärischen Geschicke unseres Vaterlandes gelenkt haben. Sie haben damit den Grundstein gelegt, auf dem unser Volk in hoffentlich nicht allzu ferner Zukunft sein neues Haus bauen wird, in dem dann unsere Kinder und Enkel wieder mit Stolz und Freude als Deutsche leben können. In dieser sicheren Zukunftshoffnung möge Ihnen, Herr Feldmarschall, noch ein langer, von der dankbaren Verehrung des deutschen Volkes getragener Lebensabend beschieden sein."

So also sprechen zwei Leute, die sich noch immer als Sozialisten bezeichnen lassen. Der eine feiert einen Mann als Vorbild, mit dessen Wirken die millionenfache Tötung und Verkrüppelung von Menschen, die Verwüstung ganzer Länder, kurzum der unermeßliche Greuel des Weltkrieges eng verbunden ist. Der andere spricht trotz des Friedensschlusses noch immer vom „Feindesland" und er hofft auf eine Zukunft, in der wiederum der Militarismus die Grundlage für das deutsche Staatswesen bilden soll. Die Bourgeoisie hätte ihrem Hindenburg nicht besser danken können!

Vertrauen zu Noske.

Der „Deutschen Tageszeitung" wird „aus Reichswehrkreisen" geschrieben:

Im Laufe der Zeit hat man sich daran gewöhnt, die Freiwilligentruppen einfach als „Regierungstruppen" zu bezeichnen. Mir gab es jedesmal einen Stich durchs Herz, wenn man dieses Wort nannte. Ich habe von jeher Wert darauf gelegt, daß ich mich nur zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung, nicht zum Schutze der Regierung gemeldet habe. Daß wie ich ein großer Teil der Freiwilligen denkt und fühlt, beweisen die Massen von Entlassungsgesuchen, die eingereicht wurden, seitdem die neue Regierung sich bereit erklärt hat, das Schanddokument von Versailles zu unterschreiben.

Wir sind nicht Leibgarde der Regierung, sondern wir schützen den Staat als solchen und helfen der Regierung, die Willen und Fähigkeit hat, den Staat zu erhalten und in Ordnung zu halten. Da diese Regierung allerdings in der Person

Noskes die Gewähr zu bieten scheint, als ob sie wenigstens im Innern den Versuch dazu machen wollte, so stehen wir zwar ihr als Vertreterin des Staates zur Verfügung, so lange wir dazu verpflichtet sind, wollen aber sonst nichts mit ihr gemeinsam haben, auch nicht in Aeußerlichkeiten!

Darum nennt uns nicht „Regierungstruppen", sondern „Reichswehr-" oder „Ordnungstruppen".

Diese Ausführungen bestätigen das, was wir stets betont haben: daß die Führer der Regierungstruppen nicht vorbehaltlos der Koalitionsregierung Folge leisten wollen, sondern nur so lange, wie sie ihre eigenen Interessen dabei wahren zu können glauben. Aber vorläufig hat die Regierung noch ihren Noske, und zu diesem Manne hat die Reichswehr volles Vertrauen.

Es war wieder nichts.

Zu der Mitteilung des Kriegsministeriums über den Fall Hoffmann schreibt die alldeutsche „Deutsche Zeitung":

„Wir können ein Gefühl der Bitterkeit nicht unterdrücken, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die „Erklärung Hoffmann", die alle national gesonnenen Männer einen Augenblick freudig aufhorchen machte, wieder einmal nichts als Bluff gewesen ist."

Man liest aus diesen Worten die Enttäuschung jener putschlüsternen Kreise heraus, die unmittelbar nach der Gehorsamsverweigerung General Hoffmanns in Flugblättern verkündeten:

„Jetzt ist ein Mann erstanden, der dem Kleinmut und der Selbsterniedrigung Halt gebietet .... Der Osten wird nach und kein Erzberger und kein Groener wird ihn wieder einschläfern. Ex oriente lux!"

Die Hoffnung auf den neuen Mann, der an die Spitze der Militärrebellion treten könnte, hat indessen getrogen. General Hoffmann und die Regierung sind nach seiner anfänglichen Maßregelung einander gerührt in die Arme gefallen. Doch die Sammlung der konterrevolutionären Elemente geht weiter. So leicht geben die um ihre Machtstellung besorgten Offizierskreise den Kampf nicht auf.

*

Eine gute Illustration zu den konterrevolutionären Vorbereitungen der Offiziere bietet ein Vorfall in der Leipziger Universität, über den die „Leipziger Volkszeitung" folgendes berichtet:

„In einer am 1. Juli in der Wandelhalle der Universität tagenden allgemeinen Studentenversammlung hat ein Noskeoffizier aus der Schule geplaudert und nicht allein erklärt, daß die Studenten unter den Noskeoffizieren der Regierung Bauer, in der ein Herr Erzberger sitze, keine Gefolgschaft mehr leisten würden, sondern auch die Versammlung mit erhobener Stimme darauf aufmerksam gemacht, **daß die Offiziere in 14 Tagen zu entscheidenden Handlungen schreiten würden. Er forderte die Studentenschaft auf, sie in diesem Augenblick nicht im Stiche zu lassen, sondern sie wirksam zu unterstützen.** Die überwiegende Mehrzahl der Anwesenden erklärte durch Trampeln ihre Zustimmung zu den Plänen des Offiziers."

Dieser Vorfall beweist erneut, wie notwendig es für die Arbeiterklasse ist, durch erhöhte Wachsamkeit und Abwehrbereitschaft die Pläne der konterrevoultionären Offiziere zu Schanden zu machen.

*

Er will nichts gesagt haben.

Zu der Affäre Hoffmann wird den „P. P. N." von „zuständiger" Seite mitgeteilt: Das Reichswehrministerium hat angefragt, ob die intrigierten Aeußerungen des Generals Hoffmann tatsächlich gefallen sind. Darauf wurde geantwortet, daß er nichts derartiges gesagt habe, sondern nur erklärt habe, er werde seinen Abschied nehmen, falls der Abschnitt, den er für die Verteidigung hergerichtet hat, den Polen übergeben werde. Daher werde seine Verabschiedung erst im Augenblick der Räumung dieses Abschnites erfolgen.

Die Presse„freiheit".

Auf Anordnung des Oberbefehlshabers Noske ist das Erscheinen der „Weltrevolution" wegen angeblicher „aufhetzender Propaganda zur Diktatur des Proletariats und zur Weltrevolution" zum vierten Male verboten worden. Die „hetzerische Propaganda" wurde in einer Illustration erblickt. Die Beschlagnahme durch die Polizeiorgane erfolgte, ohne daß der Herausgeber vorher von dem Befehl Noskes benachrichtigt wurde.

Die Bildung der Einwohnerwehr in Leipzig abgelehnt.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Leipzig, 3. Juli.

Gestern hat die Stadtverordnetensitzung die Gründung einer Einwohnerwehr abgelehnt. Die Rechtssozialisten haben es nicht gewagt, dafür zu stimmen, obgleich sie eigentlich die Urheber der Vorlage sind. Sie haben seinerzeit die Werbetrommel dafür gerührt, haben sich an den Vorarbeiten beteiligt, haben die Notwendigkeit der Wehren zum Schutz des Eigentums der Einwohnerschaft lebhaft betont, worum der Regierungsbeauftragte Herr Mylau als Fahnenträger beteiligt war. Jetzt aber sind sie umgefallen, weil sie die Stimmung der Arbeiterschaft fürchten.

Die bürgerlichen Parteien beteuerten, daß die Einwohnerwehren nichts Politisches an sich haben. Genosse Liebmann konnte ihnen indes den Gegenbeweis führen an der Hand einer Rede des Generals Moercker, der in einer Leipziger Studentenversammlung die Einwohnerwehr direkt als Kampforganisation des Bürgertums gegen die Arbeiterschaft kennzeichnete.

Uebrigens scheint die Leipziger Militärbehörde von starken Befürchtungen zu Umsturzaktionen erfüllt zu sein. Gestern sind verschiedene Eingänge des Hauptbahnhofs, sowie das Hotel Kaiserhof, wo der Stab der Regierungstruppen liegt, mit Stacheldrahtverhau versehen worden. Ob Spitzelmärchen die Herren nervös gemacht haben?

In einer Studentenversammlung am 1. Juli, die in der Wandelhalle der Universität stattfand, hat ein Offizier erklärt, die Studenten unter den Offizieren würden der Regierung Bauer, in der ein Erzberger sitzt, nicht mehr Gefolgschaft leisten. Sie würden in 14 Tagen zu entscheidenden Handlungen schreiten und bäten die Studenten, dann zu ihnen zu stehen. Gestern sind Haussuchungen bei Kommunisten vorgenommen worden, so auch im Laden der Uno-Genossenschaft, die sich mit dem Vertrieb sozialistischer Zeitschriften und Literatur befaßt. Es sind mehrere Verhaftungen vorgenommen worden, weil kommunistische Zeitungen gefunden wurden, deren Verbreitung verboten ist. Das ist die moderne Preßfreiheit!

Verschärfter Belagerungszustand in Dortmund.

Dortmund, 3. Juli.

Die Telegraphen-Union berichtet: Gegen 11 Uhr mußten Regierungstruppen an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders am Bahnhof und in den nördlichen Stadtteilen Schreckschüsse gegen die Menge abgeben, die teilweise eine drohende Haltung annahm. Am Bahnhof sind Maschinengewehre aufgestellt. Weitere Verstärkungen der Regierungstruppen sind unterwegs. Von Lünen und Salm ist Infanterie mit der Straßenbahn auf dem Wege hierher. Artillerie, Minenwerfer und Bagage erreichen Dortmund im Fußmarsch, so daß das ganze Freikorps Düsseldorf heute nachmittag sich vollständig in Dortmund befinden wird. Laut Verfügung des Kommandierenden Generals des VII. Armeekorps sind für Dortmund sämtliche Erleichterungen des Belagerungszustandes aufgehoben worden.

Die Zahl der Verletzten ist, wie sich jetzt herausstellt, sehr groß. Im städtischen Krankenhaus befinden sich 15 Personen, von denen sich mehrere in Lebensgefahr befinden. 2 sind bis jetzt gestorben. Im Johannishospiz liegen 8 Verletzte, darunter 2 Sicherheitsmänner, von denen einer einen lebensgefährlichen Brustschuß hat. Die Zahl der Ambulanzverwundeten beläuft in allen Krankenhäusern über 100.

In einer Vertrauensmännerversammlung der Arbeiter- und Angestelltenschaft wurde beschlossen, die Abschaffung der Sicherheitswehr zu verlangen. Dem Stadtrat wurde nahegelegt, die Polizei durch Einstellung einwandfreier Männer zu verstärken.

Das Arbeitsministerium gegen die Verkehrsangestellten.

Zu dem ablehnenden Beschluß des Arbeitsministeriums sieht sich die Zentralstreikleitung zu folgenden Ausführungen gezwungen, um das Arbeitsministerium darüber zu belehren, wohin die Unternehmer steuern:

Bei der Bewegung im Januar 1919 legten die Arbeitgeber Gewicht darauf, die Arbeiter als Vorspann zur Durchdrückung des 17½-Pf.-Tarifs zu benutzen. Jetzt tritt dasselbe wiederum in Erscheinung. Herr Baurat Otto erklärte ganz offen: Wir würden die 700 M. zahlen, wenn der Fahrpreis auf 20 Pf. erhöht würde. Er ersuchte die Verhandlungskommission, in diesem Sinne zu wirken. Der Arbeitgeberverband trat Ende Mai an den Zweckverband heran, um die Erhöhung des Fahrpreises durchzuführen. Der Zweckverband hat nunmehr beschlossen, den Betrieb der Groß-Berliner Straßenbahn zu kommunalisieren, und er dachte, falls eine Einigung nicht erzielt würde, den Fahrtarif auf den früheren Stand zurückzusetzen. Ohne Rückhalt erklärte daraufhin Herr Otto, daß dieses Vorgehen des Zweckverbandes gegen die guten Sitten verstoße. Ihm könnte keine Schuld beigemessen werden, wenn eine Zusage über die Entschädigungssumme von 700 M. nicht gemacht werden könnte.

Wir überlassen es nunmehr der Oeffentlichkeit, zu beurteilen, wo die Schuld an dem angeblichen Tarifbruch liegt. Wir erklären, daß wir das Versteckspielen des Arbeitgeberverbandes endlich satt haben. Wenn die Herren vom Arbeitgeberverband noch nähere Aufklärung in bezug auf die Tarifangelegenheit wünschen, so stehen wir jederzeit zur Verfügung. Eines aber wollen wir zum Schluß noch bemerken: die Verkehrsarbeiter lassen sich nicht wie die Eisenbahner durch die Hungerpeitsche in die Betriebe jagen.

Wir appellieren im Anschluß an diese Ausführungen an das Rechtsgefühl unserer Berufskollegen, die uns dadurch in den Rücken fallen, daß sie im Auftrage ihrer Arbeitgeber mit allen möglichen Fuhrwerken Personen befördern. Kollegen! Wir betrachten dies als Streikbruch. Jeder organisierte Berufskollege muß diese Arbeit verweigern.

Die Zentralstreikleitung.

Entschlossene Stimmung bei den Verkehrsangestellten.

Gestern nachmittag fand im Untergrundbahnhof Inselbrücke eine nach vielen Tausenden zählende Versammlung der streikenden Verkehrsangestellten statt. Die Versammelten zeigten eine entschlossene Stimmung, es war eine Einmütigkeit festzustellen, wie sie wohl selten unter den Verkehrsangestellten zutage trat. Alle Redner wandten sich gegen die verlogene Darstellung in der Presse über die Ursachen des Verkehrsstreiks. Großes Gelächter rief es hervor, als die Mitteilung der „B. Z." verlesen wurde, daß das Fahrpersonal angesichts der Unzufriedenheit der Bevölkerung sich bereits mit dem Gedanken trage, den Streik bedingungslos abzubrechen. Es wurde betont, daß sich die Unternehmer keiner Täuschung hingeben sollen. Die Streikenden seien sich bis zum letzten Manne bewußt, was für sie auf dem Spiele stehe. Ein Unterliegen würde seine Rückwirkung auch auf die übrige Arbeiterschaft ausüben und sie in ihrem Kampfe auf lange Zeit zurückwerfen. Die streikenden Verkehrsangestellten könnten deshalb mit guten Gründen auf die Sympathie der denkenden Arbeiter rechnen. Aus der Versammlung heraus wurde folgende Resolution vorgeschlagen und einstimmig angenommen:

„Mögen alle Teilnehmer des Verkehrsstreiks in diesem schweren Kampf einmütig und geschlossen zusammenstehen, bis ihnen der Sieg gewiß ist. Führt diesen Kampf, wie es gesitteten Arbeitern zukommt und laßt euch von keiner Seite zu Provokationen hinreißen, denn damit würden wir einer gewissen Clique einen großen Gefallen tun. Wir wollen der bürgerlichen Presse, dem „Vorwärts" und der Bezirks-Organisation Groß-Berlin der S. P. D für ihr schamloses Schreiben die richtige Antwort geben, indem wir endlich mal mit diesen Zeitungen und dieser Partei abrechnen. Schamlos ist es, wenn diese Partei durch Flugblätter den Arbeitsbrüdern in den Rücken fällt. Zeigt der Oeffentlichkeit, daß wir einen rein wirtschaftlichen Kampf führen und daß wir uns nicht als Vorspann zu einem politischen Putsch herüber lassen. Durch Kampf zum Sieg!"

*

Am Sonnabend, den 5. Juli, nachm. 3 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Versammlung der Bureau- und technischen Angestellten der Groß-Berliner Straßenbahn statt mit der Tagesordnung: Erneute Stellungnahme zum Verkehrsstreik.

Prügel für Streikende.

Die „Deutsche Tageszeitung" tritt in ihrer gestrigen Abendausgabe dafür ein, die streikenden Verkehrsangestellten durch Prügel zur Arbeit zu zwingen. Sie gibt aus ihren Leserkreisen einem „Vorschlag zur Selbsthilfe des Publikums" wieder, der also lautet:

„Falls die Verkehrsangestellten den von ihnen inszenierten Streik nicht baldigst beenden, schlage ich vor, das Mittel anzuwenden, welches sich bei Streiks in Bukarest auf das Beste bewährte, und zwar hat jeder Passant sich mit einem handfesten Stock zu bewaffnen und jeden streikenden Verkehrsangestellten, dessen er habhaft werden kann, mit Hilfe der anderen Passanten weidlich durchzuprügeln. Nach den Erfahrungen, die damit in Bukarest gemacht sind, glaube ich auch darauf schließen zu dürfen, daß dieses Mittel auch bei uns den gewünschten Erfolg haben wird, und die Verkehrsangestellten baldigst dafür Sorge tragen werden, den Streik zu beenden, so daß wieder geordnete Verkehrsverhältnisse eintreten."

Die Aufforderung zum Pogrom gegen Streikende entspricht durchaus der Gesinnung der „Deutschen Tageszeitung". Leider tragen auch die Veröffentlichungen der Regierung viel zu der in dem Vorschlag des konservativen Organs niedergelegten gemeinen Stimmung gegen Streikende bei. Die von allen Seiten veranstaltete Hetze richtet sich natürlich letzten Endes nicht gegen eine bestimmte Berufsgruppe, sondern gegen das Bestreben der Arbeiterklasse, ihre Lage zu verbessern und aus dem Elend der Kriegsfolgen herauszukommen, überhaupt. Man will den Arbeitern die Kampfkraft nehmen und die Machtposition der Kapitalistenklasse von neuem befestigen. Das ist der Zweck der ganzen Hetze.

Die Deutschen in Polen.

Ein Aufruf des Obersten Polnischen Volksrats.

Vertreter der polnischen und deutschen Volksräte hatten mit dem Obersten Polnischen Volksrat und der polnischen Regierung in Posen und Warschau Verhandlungen über die künftige Lage der Deutschen in den an Polen fallenden Gebieten des Deutschen Reichs geführt. Als deren Ergebnis wird jetzt ein Aufruf an die Deutschen veröffentlicht, worin es heißt:

„Im Einklang mit den freiheitlichen Traditionen wird den Bürgern deutscher Nationalität volle Gleichberechtigung, völlige Glaubens- und Gewissensfreiheit, Zutritt zu den Staatsämtern, Freiheit in der Pflege der Muttersprache und nationalen Eigenart, voller Schutz des Eigentums gewährt. Für die Stellung im Staatsleben und das Ausmaß bürgerlicher Rechte ist in der Republik Polen weder Glaubensbekenntnis noch Muttersprache entscheidend, sondern lediglich die persönliche Tüchtigkeit. Deshalb werden alle Zivilbehörden und Beamten aufgefordert, auf ihren Posten zu verharren und nach Möglichkeit in den polnischen Staatsdienst übernommen. Allen Deutschen, welche die deutsche Staatsangehörigkeit wählen, wird freier Abzug, Mitnahme von Hab und Gut, Liquidation ihrer Vermögensangelegenheiten zugesichert. Ansiedler dürfen auf ihrem Eigentum verbleiben bzw. auf ihre Grundstücke zurückkehren. Alle wohlerworbenen Rechte der Bürger, wie Rechte aus Arbeiterversicherungen, Gesetzen über Versorgung kriegsbeschädigter Soldaten, Witwen und Waisen von Kriegern, werden gewährleistet. Es wird versprochen, daß kein Bürger wegen seiner bisherigen politischen Betätigung verfolgt und bestraft wird, mit Ausnahme von Personen, die gemeiner Verbrechen schuldig sind. Wir erwarten, daß die deutsche Regierung in derselben Weise die Polen behandeln wird. Die Geiseln werden in Freiheit gesetzt, wegen Verbrechen gegen den Staat Abgeurteilte sofort begnadigt und die Freiheit wiedererhalten. Die aus militärischen Gründen festgesetzten Personen sollen die Freiheit nach Abschluß der Kampfhandlungen erlangen. Wir erwarten, daß die deutsche Regierung auch in dieser Hinsicht Polen ebenso behandelt."

*

Vor einigen Tagen wurde zwischen den Alliierten und Polen als Bestätigung der Anerkennung Polens als unabhängiger Staat unter Zuteilung von Gebieten des ehemaligen Deutschen Reiches ein Vertrag unterzeichnet, daß Polen diese Gebiete zugesprochen werden. Im ersten Abschnitt dieses Vertrages verpflichtet sich Polen, allen Bewohnern Polens Schutz von Leben und Freiheit zu gewähren. Alle Bewohner Polens werden das Recht haben, jedes Bekenntnis auszuüben, das mit der öffentlichen Ordnung und mit den guten Sitten nicht im Widerspruch steht. Polen erkennt als polnische Staatangehörige die bisherigen deutschen und österreichisch-ungarischen Staatsangehörigen in Polen an, unter dem Vorbehalt der Bestimmung des Friedensvertrages, mit Deutschland und Oesterreich über die Staatsangehörigen, die nach einem bestimmten Tage auf dem in Frage kommenden Gebiete ihren Wohnsitz genommen haben. Diese Bestimmungen werden unter die Bürgschaft des Völkerbundes gestellt. Der ständige Schiedsgerichtshof wird über Meinungsverschiedenheiten entscheiden. Der zweite Abschnitt bezieht sich auf die politische Vertretung und die Zolltarife. Polen wird den Alliierten Transitfreiheit und Meistbegünstigung gewähren, es wird einer gewissen Anzahl internationaler Konventionen betreffend Telegraph, Eisenbahnen, Sanitätswesen usw. beitreten. Polen wird den dem Völkerbund angehörenden Staaten gleiche Rechte und Privilegien gewähren. Es übernimmt die Verantwortung für die russische öffentliche Schuld und für alle anderen finanziellen Verpflichtungen des russischen Staates.

Erklärung des Genossen Ledebour.

Aus Anlaß meiner Freisprechung sind mir aus ganz Deutschland und dem Auslande von Arbeiterorganisationen und von einzelnen Genossen so viele telegraphische und schriftliche Glückwünsche zugegangen, daß es mir nicht möglich ist, allen Einsendern besonders zu danken. Ich bitte meine Freunde deshalb auf diesem Wege meinen herzlichen Dank für ihre ermutigende Anteilnahme an meinem Kampfe für unsere gemeinsame Sache entgegenzunehmen.

Gleichzeitig muß ich leider auch die zahlreichen Aufforderungen zur Abhaltung von Vorträgen über meinen Prozeß und über die politische Lage abschlägig bescheiden, da der Gesundheitszustand meiner Frau und mein eigener uns eine Erholungskur dringend aufnötigen. Im Hinblick darauf, daß ich mich bald wieder mit erneuten Kräften in Reih und Glied betätigen kann, rufe ich jedoch allen Freunden und Genossen zu: Auf Wiedersehen!

Georg Ledebour.

A. Jandorf & Co

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kottbuser Damm Wilmersdorfer Strasse

1 Milchtopf m. breiter Rosenkante, Porzellan ..... 95 Pf.

1 Vorratstonne 95 Pf.

8 Eierbecher weiß Porzellan ... 95 Pf.

1 Salatschüssel weiß Porzellan 95 Pf.

1 Aermelplättbrett ..... 95 Pf.

1 Kindertasse mit Untertasse und Bild, Porzellan .. 95 Pf.

2 Likörgläser auf Fuß. 95 Pf.

2 Milchbecher 95 Pf.

1 Kompottschüssel in verschiedenen Formen ..... 95 Pf.

1 Quirlbrett ..... 95 Pf.

Wirtschafts-Artikel

4 Kleiderbügel ..... 95 Pf.
1 Abstäuber ..... 95 Pf.
1 Ausklopfer ..... 95 Pf.
1 Glanzbürste ..... 95 Pf.
1 Scheuerbürste ..... 95 Pf.
1 Fleischbrett ..... 95 Pf.
1 Frühstücksbrett ..... 95 Pf.
6 Ausstechformen ..... 95 Pf.
1 Esslöffel ..... 95 Pf.
2 Teelöffel ..... 95 Pf.
1 Küchenmesser ..... 95 Pf.
2 Scheibengardinenstangen. 95 Pf.
1 Messerkasten ..... 95 Pf.
1 Paket Stahlspähne ..... 95 Pf.
1 Schneeschläger ..... 95 Pf.
1 Gebäckkasten ..... 95 Pf.
1 Gazeglocke ..... 95 Pf.
1 Möbelpinsel ..... 95 Pf.

Schreibwaren

100 Bogen Brotpapier ..... 95 Pf.
2 Rollen Toilettenpapier ..... 95 Pf.
50 Bogen Briefpapier ..... 95 Pf.
1 Briefblock Quartformat 100 Blatt 95 Pf.
50 Hanf-Umschläge ..... 95 Pf.
10 Meter Küchenkante ..... 95 Pf.
50 Kartenbriefe ..... 95 Pf.
25 Berliner Ansichtskarten und Gravüren, gemischt ..... 95 Pf.
1 Tafeltuch Kreppapier ca. 100×120 cm ..... 95 Pf.
1 Tischläufer
25 Mundtücher Stickerei-Muster
zusammen 95 Pf.

2 Kinderbecher Emaille 95 Pf.

1 Tasse mit Untertasse, Golddekor, Porzellan .. 95 Pf.

1 Senfgefäß 95 Pf.

Porzellan

1 Abendbrotteller ..... 95 Pf.
2 Kompotteller ..... 95 Pf.
1 Tasse mit Untertasse, dünn, in verschiedenen Formen ... 95 Pf.
1 Zuckerdose reich dekoriert ... 95 Pf.
1 Kaffeebecher dekoriert ..... 95 Pf.

Parfümerien

8 Fliegenteller ..... 95 Pf.
5 Fliegenfänger ..... 95 Pf.
6 Pakete Blitzblank ..... 95 Pf.
4 Pakete Teerkopfwäsche ... 95 Pf.
1 Flasche Mundwasser ..... 95 Pf.
1 Dose Zahnpulver ..... 95 Pf.
1 Nagelpolierstein ..... 95 Pf.
1 Zahnbürste ..... 95 Pf.
1 Handwaschbürste ..... 95 Pf.
3 Rasierklingen ..... 95 Pf.
1 Brennscheere ..... 95 Pf.
1 Brieftasche ..... 95 Pf.
1 Bilderrahmen ..... 95 Pf.

1 Vorratsbüchse lackiert ..... 95 Pf.

1 Bierseidel 1/4 Liter . 95 Pf.

4 Becher ..... 95 Pf.

1 Sand- oder Seifenbehälter 95 Pf.

1 Küchenkonsol ..... 95 Pf.

1 Kompottschale m. reich. Fruchtdekor. Porzell. 95 Pf.

1 Maschinentopf Emaille ..... 95 Pf.

1 Froschglas 95 Pf.

1 Kompotteller Diamantmuster .. 95 Pf.

2 Essig- od. Oelflaschen verschiedene Formen 95 Pf.

1 Tasse mit Untertasse und Rand ..... 95 Pf.

1 Königskuchenform 95 Pf.

2 Milchtöpfe Porzellan, hübsche Muster 95 Pf.

4 Eierbecher Zwiebelmuster, Porzellan ..... 95 Pf.

2 Honiggläser 95 Pf.

3 Wassergläser 95 Pf.

1 Platte oval, sortierte Größen, Porzellan ..... 95 Pf.

1 Zuckerdose
1 Milchtopf
sortierte Formen weiß Porzellan
zusammen 95 Pf.

Theater und Vergnügungen.

Friedrich-Wilhelmst.-Theater Direktion: Gustav Friedrich Chausseestraße 30. Anfang 7½ Uhr. Allabendlich: **Das Dorf ohne Glocke**

Volksbühne. Theater am Bülowplatz. 7½ Uhr: Der heilige Florian.

Direktion C. Meinhard — R. Bernauer. Theater i. d. **Königgrätzer Straße** 8 Uhr: Der Häuptling.

Komödienhaus an der Marschallbrücke. Lucie Höflich u. Ludw. Hartau 8 Uhr: Liselott von der Pfalz

Berliner Theater 8 Uhr: Die tolle Komteß.

Deutsches Theater Allabendlich 8 Uhr Max Pallenberg in Auch ich war ein Jüngling ... (Schwank)

Kammerspiele Allabendlich 8 Uhr: Leopoldine Konstantin in Das Weib und der Hampelmann.

Theater des Westens Allabendlich 7½ Uhr: Die Werber n. Hans Wallmann in **Die Geisha.**

Lessing-Theater Sommerspielzeit Leitung: Hans Sternberg. Lustspiel Guido Thielscher. 8 Uhr: Charleys Tante.

Deutsches Künstler-Theat. Allabendlich 8 Uhr: Max Adalbert u. Kurt Götz in: Die Rutschbahn.

Residenz-Theater. Intergrundb. Klosterstraße. Ausgang Stralauer Straße. 8 Uhr: Zum 173. Male: **Das höhere Leben.** Schauspiel von Sudermann. Regie: Alfred Rotter.

Walhalla-Theater 8 Uhr: Die Frau des Inkassos.

Rose-Theater Letzte Aufführung Freitag! 7½ Uhr: Ebo-Urlaub. 7½ Uhr: Gartenbühne: Das sieht sich jeder an. Vorher Konzert und erstklassige Spezialitäten.

Trianon-Theater. Abt. Friedrichstraße. Tr. 4127, 1398. 8 Uhr: Zum 299. Male: **Der gute Ruf** von Hermann Sudermann. Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

Wintergarten täglich 7½ Uhr **Varietévorstellung** Rauchen gestattet.

Theater a. Kottbuser Tor Allabendlich 7½ Uhr: **Elite-Sänger** ehem. Mitgl. der Stettiner Sänger. Seidel, Kuselli, Horst, Schubert, Rathke etc. Humor. Spielpl. Sommerpreise! **Blüthzen-Konzert**

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich **12 Varieté-Attraktionen** In der Tanzdiele **Ball.** Anfang 5 Uhr.

Kennst du das Land, wo dicke Eichen stehen? Hast du den kleinen Spreewald schon gesehen? Der schönste Ausflugsort im Reiche Ist Manns Waldschloß in Schöneiche. Tel.: Friedrichshagen 65. Jeden Sonntag Tanz.

Photo-Apparate aller Art Photogr. Artikel Teilzahlung gestattet für Kasse 10% Rabatt Katal. umsonst u. portofrei Jonass & Co., Berlin SW. 867 Belle-Alliance-Str. 7—10.

Nordpalast-Lichtspiele 8 Uhr 8, Köslliner Str. 8. 8 Uhr Vom 4.—7. Juli 2 Erstaufführungen: **Der Hund von Baskerville, III. Teil** Dazu **Bahnwärters Lene** Täglich persönl. Auftreten des populärsten Komikers Bruno Schneider.

Fortuna-Lichtspiele Müllerstr. 12 c. Bis Montag. 2 Prachtaufführungen: **Die Tragödie der Manja Orsa** Liebesgeschichte in 5 Akten. Ferner: Das fabelhafte Ausstattungsstück **Die Liebe der Bajadere** 6 Akten ca. 2000 Mitwirkende. Staunenswert! Täglich 5 u. 8 Uhr.

Residenz-Lichtspiele Blumenstr. 10. **Verlorene Töchter** 2. Teil. **Opfer der Schmach.** Täglich ½6 u. 8 Uhr.

Ballschmieders **Variété-Garten** Badstrasse 18. | Weissenseer **Sommer-Theater** Prenzlauer Promenade 5-9. Dir.: Gerh. Dammann. **Täglich 12 Variété-Nummern** **Grosses Theater-Orchester** Eröffnung der Gärten: Wochentags 3½ Uhr, Sonntags 2½ „ Beginn des Konzerts: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 5 „ Beginn des Varietés: Wochentags 7 Uhr, Sonntags 6 „ Über Vermietung der Gärten an Vereine wende man sich an die Direktion.

PIANOS, FLUEGEL neu und gebraucht **Römhildt A.-G.,** Leipziger Str. 119/120

Film-Palast Koppenstr. 29. Dir. J. Werner. Der grosse Tag der Kinofreunde Wegen d. Riesenerfolges noch einmal: **Moral und Sinnlichkeit.** Die Hauptdarstellerin **Erika Glässner** ist heute persönlich anwesend.

„Freiheit"-Leser von Pankow Da uns Genosse Herbst, Pankow, Florastr. 25, verschiedene Touren nicht herausgibt, ersuchen wir unsere Abonnenten umgehend ihre Adresse bei Spickermann, Brehmestraße 46, mitzuteilen, damit jeder beliefert werden kann. Die Zeitungskommission der U. S. P. D. Pankow.

Ziehung am 19. Juli 1919 zu Berlin **Berliner Lotterie** Gesamtwert der Gewinne **100000 Mk.** Lose zu 3 Mark. Porto und Liste 50 Pf. extra. Einz. Brieftasche mit 10 Losen 30 Mark einschließlich Porto u. Liste. **Zigarren aus reinem Tabak** in allen Preislagen von 70 Pf. an. Zigarillos, reiner Rauchtabak, lose und in Paketen. **Gustav Hause Nachfg.** (Inh. K. Schwarz), Berlin, Neue Königstr. 86 u. Neanderstr. 38

ZIGARREN pro Mille von M. 650 an gibt in großen und kleineren Posten ab **Zigarren-Engros-Haus Neukölln** Neukölln, Schinkestr. 4 5.

Spezial-Arzt für Haut-, Harn- und Frauen-Leiden, Salvarsan-Kuren, Urin- und Blutuntersuchungen, elektr. und med. Bäder, Licht- und Röntgen-Behandlung. Damen- und Herren-Abteilung. Erste u. älteste **Heil-Anstalt Löser** **Dir.: Löser senior.** Spezial-Arzt Dr. Skottke früher Lindenstraße 1-4, 6-8, Sprst. 10-1. nur **Rosenthaler Str. 69-70,**

Heil-Anstalt „Löser" Münzstr. 9, nahe Alexanderplatz 9—1, 4—8. Modernes Ambulatorium. Licht- u. Finsen-Behandl., Inhalatorium, Gurgelkabinen, Elektrische und Medizinische Bäder. Harn- und Blutuntersuchungen.

Haut- und Harnarzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahnhof Spr. 10—1 u. 5—8, Sonnt. 11—1 Erfolgreiche Behandlung.

Moderne Küchen von 395 Mk. an **Schlafzimmer** von 1500 Mk. an sowie Speise- und Herrenzimmer in großer Auswahl u. in allen Preislagen empfiehlt **Möbelhalle „Osten"** Alexanderstraße 14b, an der Schicklerstraße.

Einen Posten **Küchen** 7teilig, prima lackiert von M. 375,— an. Geflig. Verarbeitung! **Stolzmann,** Belle-Alliancestraße 109 Zahlungserleichterung auf Wunsch.

Der Prozeß gegen die Vorwärtsbesatzung.

Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts I fand gestern der Prozeß gegen die am 11. Januar im „Vorwärts“ verhaftete revolutionäre Besatzung statt. Es sind im ganzen 12 Personen angeklagt. Die Angeklagten Rentsch und Schulze, die sich auf freiem Fuß befanden, sind nicht erschienen. Die Anklage lautet auf unbefugte Teilnahme an einem bewaffneten Haufen, Zusammenrottung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Der Angeklagte Schlemm, der sich vor seiner Teilnahme an der „Vorwärts“-Besatzung nie politisch betätigt hat, gibt an, daß er wegen Geisteskrankheit nicht Soldat geworden ist. Er ist durch einen Zufall in das Gebäude gekommen. Seine Tätigkeit hat in der Ueberwachung der Autos bestanden. Bei der Besetzung ist er durch Soldaten vor der Dragonerkaserne mit dem Kopf an eine Kante gestoßen worden, so daß noch heute eine große Narbe zu sehen sei. Der Angeklagte Schulz, der kopfleidend ist, ist am 5. Januar zum „Vorwärts“ gekommen, um dort Zeitungen abzuholen, hat sich aber dann an der Verteidigung beteiligt. Der Angeklagte Stamms, Student der Rechts- und Staatswissenschaft, hat sich nach seiner Entlassung aus dem Heere viel mit Politik beschäftigt und ist der U. S. P. beigetreten, für deren Ideen er ohne Bezahlung als Straßenredner und Flugblattverteiler tätig war. Als Mitglied des Roten Soldatenbundes ist er im „Vorwärts“ mit den Leitern der Bewegung zusammengekommen, ohne ihre Namen zu kennen. Schulz, den er einmal gesehen, habe verlangt, daß Posten ausgestellt würden,

um Plünderungen zu verhüten.

Sein Vorschlag, die Straße abzusperren, damit die Anwohner Ruhe hätten, sei ausgeführt worden; eine Waffe habe er wohl besessen, aber nie getragen. Er erwähnt auch, daß er auf seiten der Regierungstruppen Plünderungen beobachtet habe.

Der Angeklagte Look erklärte, daß nur organisierte Genossen in den „Vorwärts“ hineingelassen werden sollten. Er selbst habe in Ostermanns Bureau gearbeitet und Passierscheine für den „Vorwärts“ ausgeschrieben. Waffenscheine seien dort nicht unterschrieben worden. Als er am Sonnabend früh den „Vorwärts“ verlassen hatte, hätte die Beschießung begonnen. Er bedauerte, daß er zu jener Stunde nicht bei seinen Genossen hätte sein können. Auch er hätte gern sein Leben mit für die Sache eingesetzt.

Die Angeklagte Frau Steinbring gibt an, daß sie wie jede denkende Arbeiterfrau politisch organisiert sei und an Versammlungen, nicht aber an Demonstrationen teilgenommen habe. In den „Vorwärts“ sei sie gekommen, um dort von Neukölln Genossen Nachricht über die Vorgänge zu holen. Sie sei gebeten worden, **für die Leute Kaffee zu kochen** und dann gleich dort geblieben. Sie stehe auf dem Standpunkt, daß der „Vorwärts“ den Berliner Arbeitern gestohlen sei und diese dasselbe Recht darauf hätten wie die Rechtssozialisten. Am Freitag habe sie das Gebäude nicht mehr verlassen können, da die Truppen bereits in Anmarsch waren. Sie habe sich für den verhafteten Leutnant von Eckenbrecher verwendet, ihm Essen und Zigaretten gebracht und schließlich dafür gesorgt, daß er freigelassen wurde. — Vorsitzender: Sie sollen auch mit einer Pistole bewaffnet gewesen sein? — Angeklagte: Ich muß das verneinen, ich bin

Gegner dieser kalten Mordwerkzeuge

und könnte nicht mit einer Pistole umgehen. Ich habe die Verwundeten verbunden. — Vorsitzender: Haben Sie ein Maschinengewehr bedient? — Angeklagte: Nein. Einer der Soldaten, der ein Maschinengewehr auseinandergenommen habe, hat mich am Aermel beschmutzt, dadurch hat der Leutnant vielleicht angenommen, ich hätte mich dabei betätigt. — Vorsitzender: Ist es richtig, daß Ihnen bei Ihrer Durchsuchung zwei Revolver abgenommen worden sind? — Angeklagte: **Nein, aber mir ist mein Mantel und eine Geldtasche mit 200 M. fortgenommen worden,** davon hat noch niemand gesprochen. — Vorsitzender: Nach einer Zeugenaussage sollen Sie sich gerühmt haben, **daß 19 Personen von Ihnen getötet worden sind?** Angeklagte: Pfui! Der Vorsitzende rügt diesen Ausruf.

Der Angeklagte Liebich ist nur aus Neugier zum „Vorwärts“ gegangen und dann am Freitag nochmals hingekommen. Er hat schriftliche Arbeiten übernommen. Am Kampf habe er sich nicht beteiligt. Er sei bei der Besetzung mit verhaftet und am 1. April gegen hohe Kaution entlassen worden. — Der Angeklagte Knittel habe im Bureau des Kaufhauses Ascher Lebensmittel verteilt und sich am Kampfe nie beteiligt. — Der Angeklagte Junge ist vom Marstall aus mit anderen zur Verstärkung nach dem „Vorwärts“ geschickt worden. Gegen das Treiben der eingeschlichenen unlauteren Elemente ist er energisch aufgetreten und hat zwei Plünderer verhaftet. Er habe für kampflose Uebergabe des „Vorwärts“ gesprochen, da ein Kampf zu viel Opfer kosten würde. Er sei dann verhaftet und am letzten Mai vorläufig entlassen worden. — Der Angeklagte Schwann hat als Mitglied der Republikanischen Soldatenwehr in der Waffenkammer des Polizeipräsidiums die Bücher geführt. Erst am 9. Januar ist er zum „Vorwärts“ gekommen, dort wurde er zum Kompagnieführer gewählt und er habe als solcher die Versorgung mit Lebensmitteln geleitet. Bei der Einnahme sei er als einer der letzten aus dem „Vorwärts“ gekommen und **gleich mit Gewehrkolben mißhandelt worden.**

Der Angekl. Preuß ist vor der Revolution bereits als Deserteur bestraft. Er war auch im „Vorwärts“, hat diesen aber bald wieder verlassen und ist dann Unter den Linden verhaftet worden. Später hatte er einen Brief an den Untersuchungsrichter geschrieben, in dem er sein Bedauern ausdrückt, daß er sich an der ganzen Sache beteiligt habe. Der Angeklagte Rowoczinski ist auf Grund eines Briefes, in dem er seine Erlebnisse im „Vorwärts“ schilderte und der in die „rechten Hände“ kam, festgenommen worden. Wegen versuchten Landesverrates ist er schon früher bestraft. Im „Vorwärts“ hat er Botendienste und Besorgungen gemacht, ist aber nach einer Kopfverletzung, die er sich durch Fallen zuzog, wieder nach Hause gegangen und so bei der Uebergabe nicht mehr im Gebäude gewesen. — Der Angeklagte Koch ist, als er arbeitslos war, aufgefordert worden, als Schlosser im „Vorwärts“ zu arbeiten. Dort hat er zusammen mit Schlemm Automobile repariert.

Bei der

Zeugenvernehmung

wird durch Jakobs bekundet, daß der Angeklagte Junge im Weinhaus Brandt Plünderer festgenommen hat. — Frau Steinbring erwähnt noch nachträglich, daß sie bei der Festnahme **furchtbar mißhandelt wurde, durch Kolbenschläge und Fußtritte,** alles in der Annahme, daß sie Rosa Luxemburg sei.

Der Zeuge Drews hat den Sturm auf den „Vorwärts“ mitgemacht, er behauptet, daß Frau Steinbring erst oben und dann im 1. Stock ein Maschinengewehr bedient hat. Später sei sie als erste aus dem „Vorwärts“ gekommen und habe mit einem Revolver in der Hand erklärt, der Weg in den „Vorwärts“ gehe nur über ihre Leiche. Er selbst hat auf der anderen Seite der Straße gestanden. Er erklärt, trotz Vorhalt des Vorsitzenden, daß doch damals großer Lärm gewesen sei, die Worte deutlich gehört zu haben.

Hier ereignet sich ein trauriger Zwischenfall: Die Mutter der Frau Steinbring, die im Zeugenraum anwesend war, wird ohnmächtig hinausgetragen.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung erklärt der Zeuge noch, daß Frau Steinbring zwei Revolver abgenommen worden seien, die Soldaten hätten sie für Rosa Luxemburg gehalten und gerufen, man solle **sie nicht lebend in den Hof lassen.** Als die „Vorwärts“-Besatzung herausgeführt wurde, sei

mit Hunde- und Kutscherpeitschen

auf sie eingeschlagen worden. Der Zeuge wird nach verschiedenen Zwischenfragen durch Rechtsanwalt Liebknecht so verwirrt, daß er erklärt, er sei kurz von Gedächtnis, nervenleidend und durch die Fragen so nervös geworden, daß er keinen Eid leisten könne.

Der Zeuge Leutnant Eckenbrecher ist vor der Einnahme des „Vorwärts“ als Verhafteter der Revolutionäre dort eingeliefert worden. Frau Steinbring hat ihn mit Essen versorgt und sich öfters mit ihm unterhalten. Ebenso hat sie dafür gesorgt, daß er frei kam. Sie habe ihm erklärt, sie nehme an einem Maschinengewehrkursus teil und habe, um ein Maschinengewehr zu lernen, ein solches auseinander genommen, daher rührten die Flecke an ihrem Aermel. Frau Steinbring habe immer einen Revolver bei sich getragen. Frau Steinbring behauptete, daß ihr von einem Durchgehenden ein Revolver zur Aufbewahrung übergeben sei, den sie sofort eingeschlossen habe. Es sei möglich, daß der Zeuge diesen gesehen habe.

Wegen der vorgeschrittenen Zeit wird die Verhandlung auf Sonnabend vormittags 11 Uhr vertagt.

Deutscher Gewerkschaftskongreß.

4. Verhandlungstag.

Nürnberg, 3. Juli.

Das Korreferat zu der Frage der künftigen Wirksamkeit der Gewerkschaften und zu den Richtlinien der Gewerkschaftsvorstände über die Betriebsräte hält Richard Müller-Berlin: Leipart's Rede ließ jeden revolutionären Geist vermissen. (Gelächter der Mehrheit. — Zust. links.) Er hat uns nicht den Weg gezeigt, wie das Proletariat aus den Irrungen der Zeit zum Sozialismus emporgeführt werden kann. (Zuruf der Mehrheit: Wir müssen arbeiten, wenn wir bessere Tage sehen wollen.) Bei der heutigen Staatsreform und privatkapitalistischen Produktionsweise ist die Arbeitslust nicht zu wecken. Dazu brauchen wir das Rätesystem. Das Proletariat begnügt sich nicht mit der formalen Demokratie. Auch vor den heiligsten Statuten der Gewerkschaften wird die Revolution nicht halt machen. Sie müssen sich dem alles umfassenden Rätesystem einfügen. Die Errungenschaften der Revolution sind heute bis auf einen kümmerlichen Rest beseitigt. Was von der Generalkommission propagiert wird, ist nur ein Versuch zur Rettung des Grundstockes des Kapitalismus. Die bürgerliche Demokratie kann niemals die politische Macht für die Arbeiter erkämpfen. Der

Parlamentarismus hat vollkommen versagt.

Die Unternehmer haben gegenüber der Revolution mit dem deutschen Wirtschaftsleben Sabotage getrieben. Eine völlige Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens ist allerdings heute noch nicht durchzuführen. (Lebhaft Aha-Rufe). Was uns hier geboten wird, ist nur die organische Fortentwicklung der Grundzüge des Hilfsdienstgesetzes, ist ein Skandal innerhalb der Revolution. (Zust. der Opposition), ein Schutzgesetz für die Unternehmer. (Widerspruch bei der Mehrheit). Diesen Richtlinien entspricht der **Gesetzentwurf über die Betriebsräte, der die Hoffnungen der Arbeiter zerstört hat.** Zu diesem Gesetz soll noch ein weiteres Gesetz über den Arbeitsfrieden kommen, der den Arbeitern das Streikrecht nehmen will. Redner wehrt sich dann gegen die Arbeitsgemeinschaften und nennt sie einen Verrat an den Arbeiterinteressen. Von großen Erfolgen der Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern kann keine Rede sein. Wo ist das Wirtschaftsprogramm der Generalkommission, heraus mit der Sprache, damit der Kongreß Stellung nehmen kann. Die Wirtschaftspolitik der Generalkommission stimmt überein mit der Wissellschen Wirtschaftspolitik. Warum sucht man sich um die Frage herumzudrücken. Wenn der Kongreß einen Teil des Wissellschen Programms gutheißt, muß er auch dem anderen Teil zustimmen, und dieser andere Teil besteht in dem Gesetz über den Arbeitsfrieden. Wenn dann davon gesprochen wird, daß den Arbeitern das Streikrecht gewahrt bleiben müsse, dann ist das nur Schein- und Elendwerk. Weil man mit Schutzleuten und Noske-Gardisten in das fein gegliederte Betriebsleben nicht eingreifen kann, versucht man es mit den Betriebsräten. Die Zukunft, die uns durch eine solche Politik der Generalkommission beschert wird, kann nur eine trostlose sein. Sozialismus und Kapitalismus sind ein innerer Widerspruch und lassen sich nicht miteinander verkoppeln. Es wäre beschämend, wenn der deutsche Gewerkschaftskongreß keinen anderen Weg finden würde, um die Arbeitsfähigkeit und Produktion zu steigern. (Zuruf: Zeig uns doch deinen Weg!) Führt der Weg zum Sozialismus,

dann werden die deutschen Arbeiter

auch arbeiten. Wir fordern restlose Beseitigung der liberalen Demokratie und jeden kapitalistischen Einflusses auf das Wirtschaftsleben. Hand- und Kopfarbeiter werden mit ihm allein fertig. Allerdings können wir nicht von heute auf morgen den kapitalistischen Staat umstoßen. (Aha!-Rufe.)

Das **Wirtschaftsrätesystem** muß sofort durchgeführt werden. Wir haben dazu eigene Richtlinien aufgestellt. Auch bei meinen Freunden herrscht nicht volle Klarheit über sie. (Aha!-Rufe.) Ich konnte diesen Kongreß nicht früher unterbreiten, **weil Noske durch seine Leute mein Material beschlagnahmt hatte,** und es mir erst gestern zugestellt werden konnte. (Lärmende Zurufe bei der Minderheit.) Wir werden die Hindernisse, die der Weiterführung der wirtschaftlichen Revolution in den Weg gelegt werden, hinwegfegen. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber und Arbeitnehmer spricht A. Cohen-Berlin (Metallarbeiterverband). Die Vertragsbedingungen sind eine konsequente Durchführung unserer alten gewerkschaftlichen Forderungen und bedeuten für die Arbeiterschaft einen großen Fortschritt. Schon bei dem ersten Tarifvertrage der Buchdrucker im Jahre 1896 wurden uns die gleichen Vorwürfe wie heute gemacht, daß wir den Klassenkampf verleugnet hätten. Sie mögen noch so viele Resolutionen einbringen, wenn Sie sich nicht auf den Boden der Tatsachen stellen, werden sie wirkungslos sein, sobald es gilt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. (Sehr richtig!) Wir müssen alle Kräfte aufbieten, um innerhalb der Arbeiterschaft gleich wertige Sachverständige mit denen der Unternehmer heranzubilden. Den Betriebsräten politische Funktionen zu geben, ist ein

höchst unglückseliges Experiment.

Die Frage des Rätesystems ist keine prinzipielle, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage. (Lebhafte Zustimmung.)

Redner empfiehlt folgenden Antrag:

Der Kongreß erklärt, daß die Arbeitsgemeinschaften die konsequente Durchführung der Tarifvertragspolitik der Gewerkschaften darstellen, die die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter mit den Unternehmern und die kollektive Regelung des Arbeiterrechts zum Ziele hat. Die Arbeitsgemeinschaften dienen diesem Zweck überall dort, wo die private Wirtschaft nicht durch die sozialistische Wirtschaftsweise ersetzt ist. — Unter der Voraussetzung, daß den Arbeitnehmern in allen Institutionen, Arbeitsgemeinschaften sowie bei allen Verhandlungen und allen Körperschaften, die dem Aufbau und der Förderung unseres Wirtschaftslebens dienen, vollste Parität mit den Unternehmern gewährleistet wird, empfiehlt der Kongreß allen Gewerkschaften die Beteiligung an der Betätigung der Arbeitsgemeinschaften.

Korreferent Richard Müller-Berlin: Wir haben jetzt keine Veranlassung zum politischen Streik. Die revolutionäre Bewegung muß sich ausreifen. Wir wollen die Regierung jetzt gar nicht stürzen, sie soll erst abwirtschaften. Mit den **Gewaltmaßregeln Noskes** (Zuruf: Blutbund!) treibt die Regierung allerdings selbst zu ihrem Sturze, denn über kurz oder lang muß dieses System zusammenbrechen. Wenn die Stunde gekommen ist, werden wir dem deutschen Volke schon den Weg zeigen, den es zu beschreiten hat. Redner legt dann in längeren Ausführungen die Gliederung seines Rätesystems dar, wobei zwar die Unternehmer, nicht aber die Intellektuellen auszuschalten sind, die vielmehr in das Rätesystem eingefügt werden müssen. Den Luxus des Unternehmerprofites können wir uns jetzt nicht mehr gestatten. Mit dem Unternehmer können wir unser zerrüttetes Wirtschaftsleben nicht wieder aufbauen. (Lebh. Beif. b. d. Opposition.)

In der Besprechung lehnt der Kommunist Paul Lange das Gesetz über die Betriebsräte ab und fordert das volle Rätesystem. Er verlangt weiter, daß der Kongreß der Generalkommission seine Mißbilligung darüber ausspricht, daß sie sich nicht auf den Boden des Rätesystems gestellt habe.

Hetschold-Berlin: Wenn man dem letzten Hofkehrer soviel dankt wie dem Ersten Betriebsleiter, (Zuruf: Politischer Blödsinn) dann wird man kaum die Intellektuellen zu praktischer Mitarbeit gewinnen. (Zustimmung).

Das Abstimmungsergebnis über das Vertrauensvotum für die Generalkommission ist das folgende: Die an der Abstimmung beteiligten Delegierten vertreten zirka 4 800 000 Mitglieder. Davon haben mit „Ja“ gestimmt 3,3 Millionen Mitglieder, mit „Nein“ zirka 1,5 Millionen Mitglieder.

In der Nachmittagssitzung wird die Besprechung fortgesetzt.

Tost-Berlin (Metallarbeiter) begründet einen Antrag Lange und Gen., der die

Arbeitsgemeinschaften ablehnt

und die Ausschaltung des Unternehmertums im Produktionsprozeß durch das Rätesystem fordert: Durch die Zustimmung zu den Arbeitsgemeinschaften kommen wir nicht einen Schritt weiter auf dem Wege zum Sozialismus. Die bürgerliche Presse hetzt maßlos gegen die Räte.

Vorholzer-Stuttgart (Metallarbeiter): Was Müller will, sind nichts als behördlich konzessionierte gelbe Organisationen. (Oho-Rufe der Opposition — Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Gewerkschaftsbeamten will man maßregeln, aber die Betriebsräte sollen nach Müller unangetastet bleiben, auch wenn sie gegen die Interessen der Arbeiter handeln. In Mannheim haben die aus Unabhängigen zusammengesetzten Ausschüsse bei Benz beschlossen, die Arbeiter, die zur S. P. D. stehen, als Gelbe zu betrachten. (Pfui-Rufe.) Das ist Eure Demokratie. Müller trägt die Hauptschuld daran, daß die Regierung zum Teil reaktionäre Mitglieder aufweist. (Pfuirufe und lärmende Zwischenrufe der Opposition.)

Seimann-Düsseldorf (Metallarbeiter): Obwohl ich zur Opposition gehöre, verurteile ich nicht alles, was die Mehrheit will. Wir müssen uns verstehen lernen. Arbeiterräte und Gewerkschaften müssen Hand in Hand arbeiten. Ich verurteile nur die Zusammensetzung der Arbeitsgemeinschaften. Nur durch die Weltrevolution können wir uns retten.

Schlientz-Berlin begründet einige Abänderungen des Antrages Cohen.

Cohen selbst beantragt, den Eingang zu seiner Entschließung wie folgt zu fassen: „Der 10. Gewerkschaftskongreß erblickt in den Arbeitsgemeinschaften die konsequente Durchführung der Tarifpolitik der Gewerkschaften. Die Arbeitsgemeinschaften bedeuten die Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter und sind geeignet, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter zu verwirklichen.“

Janssen vom Korrespondenzblatt der Generalkommission tritt der Behauptung entgegen, daß die Generalkommission an Bestrebungen auf Beschränkung des Streikrechts beteiligt sei. Sie werde diesen Bestrebungen vielmehr schärfsten Widerspruch entgegensetzen. (Hört! Hört! und Beifall.)

Rusch-Berlin (Metallarbeiter): Die Scharfmacher sind wieder obenauf. Die Unternehmer drohen schon wieder mit allgemeinen Aussperrungen.

Giebel-Berlin (Bureauangestellter): Wir können in dieser Zeit nicht ohne die Mitarbeit der Unternehmer mit ihren Erfahrungen für den Wiederaufbau aus. Nur gestützt auf starke Gewerkschaften können die Arbeiter ihre wirtschaftliche Befreiung erkämpfen. (Stürmischer Beifall b. d. Mehrheit, Lärm b. d. Opposition.)

Höllein-Jena (Metallarbeiter): Die Politik der Generalkommission ist durchaus reaktionär. Sie wird dem am Boden liegenden Kapitalismus neues Leben einflößen. In unserer Universitätsstadt (Gelächter) sind eine ganze Anzahl Dozenten bereit, uns die nötigen Kräfte heranzubilden.

Ein Schlußantrag findet Annahme.

Richard Müller wendet sich im Schlußwort erneut gegen das Wissellsche Gesetz über den Arbeitsfrieden. Vielleicht seien einige Mitglieder der Generalkommission dagegen (Legien ruft: alle! Aber der Entwurf bestehe. Im übrigen habe Wissell die bürgerliche Demokratie und

die Unfähigkeit der Regierung aufs schärfste verurteilt.

Mit dem Unternehmertum wird man nur fertig, wenn man jederzeit zuschlagen kann. Dazu brauchen wir Kampfkraft und nicht Arbeitsgemeinschaften. (Stürm. Beifall.) Die Scharfmacher sind wieder obenauf, und wodurch? (Rufe: Durch euch!), nein durch das Verhalten der Mehrheitssozialisten und Gewerkschaftler. (Lärmender Beifall und stürm. Widerspruch.) Einen Fehler hat der Vollzugsrat gemacht, als er die Macht in Händen hatte: daß er den Gewerkschaften wieder wirtschaftliche Aufgaben überwiesen hat. (Stürm. Beifall b. d. Opposition. — Lebh. Widerspruch b. d. Mehrheit.) Fort mit den Arbeitsgemeinschaften! (Stürm. Beifall b. d. Opposition und auf der Galerie.)

Cohen-Berlin erörtert in seinem Schlußwort erneut die Frage, welche intellektuellen Kräfte die Arbeiterklasse habe, um die Betriebe zu leiten.

Die Weiterverhandlungen werden auf Freitag früh vertagt.

Ledebour

I. Auflage vergriffen.

Die II. Auflage erscheint am Sonnabend.

Preis 75 Pfennig

Deutsche Nationalversammlung.

45. Sitzung vom 3. Juli, 2 Uhr.

Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes wird fortgesetzt. Eine Anzahl Artikel werden debattelos erledigt, darunter auch Art. 6, der dem Reich u. a. die ausschließliche Gesetzgebung für Auslieferung überträgt. Weiter ist darin die Einheitlichkeit des Post- und Telegraphenwesens enthalten.

Zu Art. 7 beantragte Abg. Dr. Ablaß (Dem.) die Streichung dieses Artikels, der dem Reiche die ausschließliche Gesetzgebung über Abgaben zuweisen will. In einem neuen Artikel 8a des Antragstellers ist das Wort „ausschließlich" nicht enthalten.

Nachdem die Abgg. Dr. Graf zu Dohna (D. Nat.) und Koch-Cassel (Dem.) diesen Antrag empfohlen haben, erklärt

Abg. Dr. Heim (Z.): Den extremen Föderalismus lehne ich ebenso entschieden ab wie den extremen Unitarismus. Art. 7 gibt dem Zentralstaat zu viel Gewalt. Wir fürchten nicht die Einheit, sondern nur die Einheit unter Berliner Herrschaft.

Reichskommissar Dr. Preuß: Auf die Wünsche der Einzelstaaten ist in weitestgehendem Maße Rücksicht genommen worden, der Entwurf ist weder extrem föderalistisch noch extrem zentralistisch. Nur wenn wir uns als Einheit betrachten, werden wir aus dem Elend dieser Zeit herauskommen. Von einer Vorherrschaft Berlins wird künftig weniger die Rede sein als früher.

Nach Annahme des Antrages Ablaß wird die Abstimmung über die Reichsfarben vorgenommen. Der

Antrag der Unabhängigen,

als Reichsfarbe rot festzusetzen, wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der beiden Rechtsparteien, die alten Farben schwarz-weiß-rot beizubehalten, wurde in namentlicher Abstimmung mit 190 gegen 110 Stimmen bei fünf Stimmenenthaltungen abgelehnt. Gegen den Antrag stimmten die beiden sozialdemokratischen Parteien, ein Teil des Zentrums und die Minderheit der Demokraten. Das Ergebnis der Abstimmung wurde mit Zischen von der Rechten aufgenommen. — Der Kompromißantrag Quarck (Soz.) — Groeber (Z.) „Reichsfarben sind schwarz-rot-gold. Die Handelsflagge ist schwarz-weiß-rot mit einer Gösch in schwarz-rot-gold in der oberen inneren Ecke, wird in namentlicher Abstimmung mit 211 gegen 89 Stimmen bei einer Stimmenthaltung angenommen. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts, erneuter starker Beifall links).

Eine längere Debatte entstand über die Art. 8—10, die die sogenannte konkurrierende und normative Gesetzgebung des Reiches regeln. Die Artikel blieben im wesentlichen unverändert. Auf Antrag des Abg. Hermann (Dem.) wurde in Art. 10 das wissenschaftliche Bibliothekswesen hinzugefügt.

Zu Art. 12 wurde ein Antrag der Unabhängigen, bezüglich des Gesetzgebungsrechts des Reiches, abgelehnt, wonach hinzugefügt werden sollte, daß über einen Einspruch nach näherer Vorschrift eines Reichsgesetzes ein Oberster Gerichtshof des Reiches entscheiden solle. — Die Art. 13—16 blieben unverändert.

Nach Art. 17 muß jedes Land eine freie staatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregierung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung. Die Grundsätze für die Wahlen zur Volksvertretung gelten auch für die Gemeindewahlen.

Anträge der Rechtsparteien wollen die Bestimmung über die Gemeindewahlen streichen.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Mit dem Aufkommen monarchischer Bestrebungen muß auch die Reichsverfassung rechnen. Ist etwa die Räterepublik Gotha eine freistaatliche Verfassung? Arbeiter- und Bauernräte sind keine Volksvertretung im Sinne der Verfassung. Die Festsetzung des allgemeinen Wahlrechts für die Gemeinden ist unerträglich und unverständlich.

Preußischer Minister des Innern Heine bekämpft den Antrag der Unabhängigen, da es nicht möglich sei, alle Selbstverwaltungskörper in der gleichen Weise zu behandeln.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Ein Zustand, daß Preußen eine Monarchie und das Reich etwa eine Republik wäre, ist ganz unmöglich. Die Räterepublik verträgt sich nicht mit den in der Verfassung festgelegten Grundsätzen.

Abg. Dr. Quarck (Soz.): Das freie Wahlrecht behindert die Tätigkeit der Gemeinden keineswegs. Hinter den Anträgen der Rechten steht unausgesprochen die Absicht, wieder ein abgestuftes Besitzwahlrecht einzuführen. Das lehnen wir ab.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Warum sollen denn nicht die Gemeinden kraft ihrer Autonomie ihr Wahlrecht selbst bestimmen können? Die Räterepublik Gotha steht ganz gewiß im Widerspruch zu den sozialdemokratischen Grundsätzen.

Abg. Dr. Cohn (U. S.) befürwortet den Antrag seiner Partei. Da der Staat den Kirchen besonderen Schutz gewähren müsse, habe er sich auch um ihre Ordnung zu kümmern, und es sei kein Schade, wenn die Kirchen genötigt würden, ein demokratisches Wahlrecht einzuführen. In Gotha soll neben dem Parlament ein sozusagen berufsständisches Parlament im Zentralarbeiterrat eingeführt werden, bei Konflikten zwischen beiden Körperschaften soll das Volk angerufen werden. Das ist doch im höchsten Sinne Demokratie.

Unter Ablehnung aller Abänderungsanträge wird Art. 17 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Art. 19 (Staatsgerichtshof) wird unverändert angenommen, worauf über Abschnitt 20 (Reichstag) beraten wird. Zu Art. 21 beantragt Abg. Arnstadt (D. Nat.): Die Festsetzung des Wahlrechts auf das 20. Lebensjahr aus der Verfassung herauszunehmen und sie dem Reichswahlgesetz zu überlassen.

Abg. Frau Zietz (U. Soz.): Die Proletarierjugend hat eine so furchtbare Schule durchgemacht, daß sie mit 20 Jahren für das Wahlrecht reif ist. Die jungen Frauen mit 20 Jahren üben die Mutterpflicht der Kindererziehung, aber das Wahlrecht sollen sie nicht haben. Die jungen Mädchen und Burschen in der Fabrik können Sie vor dem politischen Kampf nicht bewahren. Auf das entschiedenste verwahre ich mich gegen die Aeußerung von politischen Säuglingen. Für die Gleichstellung des Wahlalters mit dem Mündigkeitsalter würde ich sein, aber in dem umgekehrten Sinne, daß das Mündigkeitsalter auf 20 Jahre herabgesetzt wird.

Art. 23 bestimmt, daß der Reichstag auf drei Jahre gewählt wird, und vor deren Ablauf die Neuwahl stattfinden muß. Der Reichstag tritt zum erstenmal spätestens am zweiundzwanzigsten Tage nach der Wahl zusammen.

Die Abgg. Arnstadt (Dnat.) und Gen. beantragen, die Wahldauer von fünf Jahren.

Abg. Oberfohren (Dnat.) begründet zum Art. 22 über die Legislaturperiode den Antrag Arnstadt auf eine fünfjährige statt der im Entwurf vorgesehenen dreijährigen Periode.

Abg. Wurm (U. Soz.): Was wir bis jetzt an Gründen für die fünfjährige Legislaturperiode gehört haben, war im Grunde genommen weiter nichts als eine Variation des Wortes „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht". Hoffentlich kommt die Nationalversammlung nicht auf den Gedanken, ihre Lebensdauer künstlich verlängern zu wollen. Wir sind für die dreijährige Periode, würden aber bereit sein, auch für eine kürzere einzutreten.

Damit schließt die Besprechung.

Die Abstimmung, die auf Antrag des Abg. Quarck eine namentliche sein wird, wird auf morgen verschoben.

Freitag 2 Uhr Fortsetzung.

Arbeiter und Frauen als Geschworene.

In der gestrigen Sitzung der Preußischen Landesversammlung wurde der Antrag über die Zuziehung von Arbeitern und Frauen zu Schöffen und Geschworenen angenommen, ebenso die Anträge über Verbesserung der Gefängnisbüchereien und bessere Behandlung der Gefangenen. Ein Zwang zur Teilnahme an gottesdienstlichen Handlungen in den Gefängnissen soll nicht mehr ausgeübt werden. Die Rechte setzte es schließlich durch, daß der Gottesdienst wenigstens für jugendliche Gefangene beibehalten wird.

Bei dem Etat der Handels- und Gewerbeordnung forderte Frau Ahrendsee (U. S. P. D.) die restlose Aufhebung der Gesindeordnungen und reichsgesetzliche Regelung des Arbeiterrechtes der Hausangestellten. Der Abgeordnete Woldt (Soz.) setzte sich für eine Belebung der Wirtschaft ein und polemisierte dabei gegen die Unabhängigen. Hierauf vertagte sich das Haus auf Freitag.

Ausschuß für Bevölkerungspolitik.

Unsere Fraktion hatte die Aufhebung des Zölibats für Beamtinnen und Lehrerinnen beantragt. Der Ausschuß für Bevölkerungspolitik hat sich in mehreren Sitzungen damit beschäftigt. Es galt einen schweren Kampf, namentlich gegen die Zentrumsvertreter und von diesen wiederum hauptsächlich gegen die weiblichen Abgeordneten, zu führen. Schließlich fand unser Antrag in folgender Fassung unter Anfügung eines rechtssozialistischen Zusatzes eine knappe Mehrheit. Er lautet:

Die verfassungsgebende Landesversammlung wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, mit tunlichster Beschleunigung Sorge zu tragen, daß die in den Ausstellungsurkunden und Besoldungsordnungen der Beamtinnen und Lehrerinnen festgelegte Bestimmung, wonach Beamtinnen und Lehrerinnen bei ihrer Verheiratung aus dem Dienste auszuscheiden haben, aufgehoben wird.

Ergeben sich aus der Verheiratung schwerwiegende Bedenken gegen das Verbleiben im Dienst oder gegen die Anstellung oder Wiederanstellung einer verheirateten Beamtin und Lehrerin, so entscheidet die anstellende Behörde nach gutachtlicher Anhörung der beruflichen Vertretung und bei Lehrerinnen auch der Schuldeputation oder des Schulvorstandes.

Ferner wurde beschlossen, falls Lehrerinnen infolge ihrer Verheiratung ausscheiden, sollen sie als Entschädigung für die ausfallende Pension eine Abfindungssumme erhalten.

Kleine Anfrage.

In der preußischen Landesversammlung hat Genosse Leid folgende kleine Anfrage eingereicht:

Ist der Regierung bekannt, daß eine zum 2. Juli in Berlin nach dem Sophiengymnasium einberufene Versammlung der im Holzarbeiterverbande organisierten Modelltischler, während sie über Kollektivabkommen verhandelte, von einem Militäraufgebot gewaltsam gehindert wurde, wirtschaftliche Angelegenheiten zu verhandeln?

Was gedenkt die Regierung zu tun, um das Koalitions- und Versammlungsrecht der Arbeiter sicherzustellen, und welche Maßnahmen gedenkt sie zu treffen, um solche Willkür in Zukunft zu verhindern?

Oesterreichische Rätekonferenz.

Wien, 2. Juli.

Nach einer Korrbureau-Meldung erklärte Staatssekretär Bauer in der Reichskonferenz der Arbeiterräte noch auf Zwischenrufe der Kommunisten hin: Wir haben den Anschluß an Deutschland, der sonst schon im Herbste vollzogen worden wäre, nicht vollzogen, weil wir wußten, daß wir nicht stark genug sind, ihn gegen den Willen der Ententemächte zu vollziehen. Wenn wir für ihn kämpfen und hoffen, daß wir ihn erreichen werden, so deshalb, weil wir überzeugt sind, daß sich die Lage ändern wird. Aber tatsächlich haben wir ihn nicht vollzogen aus demselben Grunde, aus dem wir vieles von dem, was die Kommunisten verlangen, nicht vollziehen können, deshalb weil wir mit den Machtverhältnissen in Europa und der Welt rechnen müssen. Der Redner verwies sodann auf die große Erbitterung breiter Arbeitermassen gegen die Kommunisten, die daher rühre, daß diese unter dem Schlagworte der Diktatur des Proletariats in Wirklichkeit die Diktatur einer kleinen Minderheit über das Proletariat aufrichten wollen. Er sagte weiter: Es ist bisher in Deutschösterreich besser als in jedem anderen Lande gelungen, das Proletariat nicht zerreißen zu lassen. Es ist gelungen, das Proletariat kampffähig, selbstbewußt und dadurch fähig zu erhalten, jede geschichtliche Lage auszunützen.

Die Debatte über die politische Lage endete mit der Annahme folgender von Friedrich Adler beantragter Resolution:

„Die Konferenz der Arbeiterräte protestiert gegen den Gewaltfrieden, den der Imperialismus der Sieger den besiegten Völkern auferlegt. Sie entbietet der Arbeiterklasse der Ententeländer, die gegen den Frieden protestieren ihren brüderlichen Gruß und ist überzeugt, daß die siegreiche Weltrevolution des Proletariats auch den Gewaltfrieden verachtet und insbesondere die von uns losgerissenen Brüder des Proletariats Deutsch-Böhmens und des Sudetenlandes mit uns wieder vereinigen wird. Die Konferenz huldigt den gefallenen Märtyrern der deutschen Revolution, vor allem Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und Levinè, und spricht die Hoffnung aus, daß bald ein sozialistisches Deutschösterreich mit einem sozialistischen Deutschland vereinigt werden wird. Die Konferenz grüßt die Arbeiterschaft Rußlands und Ungarns, protestiert gegen die Bemühungen der Bourgeoisie, Deutschösterreich in Feindseligkeiten mit Ungarn zu bringen, und erklärt, daß die Frage der staatlichen Zugehörigkeit Westungarns nur durch freie Volksabstimmung entschieden werden kann. Die Konferenz fordert, daß alle politisch verfolgten Ausländer Deutschösterreichs Asylrecht auf seinem Boden gewährt und sie protestiert gegen die Verletzung des Rechtes, die durch die Tiroler Landesregierung im Falle Agelrods begangen worden ist, der der bayerischen Regierung ausgeliefert wurde."

Dann wurde eine Resolution von Max Adler angenommen, die die Politik des bisherigen Reichsvollzugsausschusses billigt und ausspricht, daß der künftige Reichsvollzugsausschuß dieselbe Richtung einhalten werde, unter Aufrechterhaltung aller Möglichkeiten der Aktion und unter Vermeidung überflüssiger Niederlagen des Proletariats, wodurch es in seiner Kampffähigkeit niedergedrückt werde. Die Resolution wurde mit allen Stimmen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen; die Resolution der Kommunisten wurde abgelehnt.

Gewerkschaftliches.

Beginn der Tarifverhandlungen im Bankgewerbe.

Gestern haben im Reichsarbeitsministerium die Tarifverhandlungen zwischen den Bankleitungen und den Bankbeamtenvertretern begonnen. Die Verhandlungen sind nicht öffentlich. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Wolff. Von den Bankleitungen sind anwesend die Bankdirektoren Modler (Diskonto-Gesellschaft), Reinhardt (Mitteldeutsche Kreditbank), Michalowsk (Deutsche Bank) und Harter (Kommerz- und Diskonto-Bank). Die Verhandlungen waren für heute vormittag 9 Uhr angesetzt, konnten jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht beginnen, da der verhaftete Geschäftsführer des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Karl Emonts, dem von der Staatsanwaltschaft die Teilnahme an den Verhandlungen gestattet ist, noch nicht vorgeführt war. Neben ihm sind Teichmann von demselben Verband und Anklam und Hackbusch vom Deutschen Bankbeamtenverein als Arbeitnehmerbeisitzer tätig. Gegen 10 Uhr erschien Emonts, begleitet von zwei Gerichtsbeamten, die während der Verhandlungen bei ihm bleiben. Darauf wurde die Sitzung eröffnet. Zunächst wurde das von den Bankleitungen eingereichte Material geprüft, das beweisen soll, daß die von den Bankbeamten geforderten Gehaltserhöhungen nicht bewilligt werden können, ohne das Bankgewerbe zu ruinieren. Emonts ergriff dann das Wort, um dem recht wirkungsvoll entgegenzutreten.

Kein Koalitionsrecht für die Beamten.

An den Schwarzen Pretiern der Postämter Berlins prangt noch immer der bekannte Noske-Erlaß gegen das Streikrecht mit dem Zusatz:

Dieser Erlaß findet auch auf den Post-, Telegraphen- und Fernsprechverkehr Anwendung. Sönksen.

Das heißt also, daß auch die Postbeamten und Postangestellten das Recht zum Streik für Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage nicht haben sollen. Bei der totalen Verständnislosigkeit der höheren Beamten für die soziale Not, unter der die Angestellten und Unterbeamten der Post zu leiden haben, muß leider die Anwendung der Streikwaffe in den Bereich der Möglichkeit gezogen werden, wenn die Lage der Postbeamten gehoben werden soll. Mit einem Federstrich wird aber hier das Koalitionsrecht der Postangestellten und -Beamten beseitigt und damit ihr Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen illusorisch gemacht.

Ja, ja, die Revolution war nur ein Traum. Genau so wie früher werden heute die Beamten als Heloten vom Staate behandelt.

Verband der Sattler und Portefeuiller.

Die außerordentliche Generalversammlung der Sattler in Boekers Festsäle, die infolge des Verkehrsstreiks nur mäßig besucht war, nahm Stellung zum Verbandstag zu Nürnberg. Es wurden mit überwältigender Mehrheit folgende Anträge angenommen: In die Tagesordnung des Verbandstages ist ein Vortrag über das Rätesystem aufzunehmen. Dem Zentralvorstand ist das Bestätigungsrecht der Wahlen zur Ortsverwaltung zu nehmen. Die Entfernung von Mitgliedern der Ortsverwaltung kann der Zentralvorstand nur mit Genehmigung der Generalversammlung vornehmen. Bei wichtigen Beratungen des Zentralvorstandes sollen Vertreter von Ortsverwaltungen herangezogen werden, die über 500 Mitglieder verfügen. Bei Tarifkündigungen ist offene Abstimmung anzuwenden. Aus politischen Gründen Verfolgte sind auch durch die Gewerkschaften zu unterstützen. Die verschiedenen Branchen in der Lederindustrie sollen zu einem einheitlichen Lederarbeiterverband zusammengeschlossen werden. Der Generalkommission ist ein Mißtrauensvotum auszusprechen.

Die Tarifbewegung im Photographen-Gewerbe. Die am Montag, den 30. Juni, im Adlanier tagende Berliner Innungsgehilfenversammlung nahm zu der Ablehnung des Tarifes und dem angebotenen Provisorium der Zwangsinnung Stellung. Der Gehilfenausschuß stellte es der Versammlung anheim, andere Gehilfenvertreter zu wählen, die evtl. mit der Innung „nochmals" verhandeln. Die Anwesenden protestierten einstimmig dagegen und verurteilten die Angriffe auf den Gehilfenausschuß, der nur die Beschlüsse der Gehilfen ausgeführt habe.

Die Gehilfenschaft lehnte das Angebot der Innung „gegen 8 Stimmen" ab und beauftragte den Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandte Berufe, den Tarif mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen.

Zur Lohnbewegung der Musiker. In der Versammlung der Orchestermusikersektion der Ortsverwaltung Berlin des Deutschen Musikerverbandes wurden die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Berliner Orchestermusikerschaft besprochen. Die von den Berliner Theaterdirektoren bewilligten Zugeständnisse wurden als völlig ungureichend erklärt. In einer demnächst einzuberufenden Orchestermusikerversammlung soll der Tarif für die nächste Saison endgültig festgesetzt werden. Es wurde beschlossen, daß keinerlei Abmachungen mit den Direktoren für den Winter getroffen werden sollen, bevor nicht die Forderungen der Musiker restlos bewilligt sind.

Die Fleischergesellen hielten am 1. Juli eine öffentliche Versammlung ab, in der Kollege Pollin die Neuregelung des Vertriebes von Roßfleisch und Ziegenwurst behandelte. Von einer „Kommunalisierung", wie sie der Sozialist versteht, sei nichts zu merken. Die Vertreter des Magistrats Berlin hätten am liebsten die ganze „Kommunalisierung" dem Roßschlächter-Schutzverband übertragen, derselben Organisation, welche im April d. J. den „Arbeitgeberstreik" proklamierten und einige Zeit durchhielt, um die Regierung zu zwingen, die Zwangsbewirtschaftung aufzuheben. Die Herstellung der Wurst sowie Verkauf von Fleisch und Wurst sind diesen Gegnern der Zwangswirtschaft übertragen, weil die städtische Wurstfabrik in Hohenschönhausen seit mehreren Jahren fast gänzlich stillegt.

Die Anwesenden drückten den im Streik stehenden Angehörigen des Verkehrswesens ihre Sympathie aus.

Jeder Funktionär der U. S. P.

sollte Mitglied der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" sein. Die Funktionäre sind die Pioniere der Partei, sie müssen deshalb in erster Linie mit gutem Beispiel vorangehen und alles daransetzen, um durch

intensive Agitation

die Zahl der Mitglieder der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" zu vergrößern.

Groß-Berlin.

Berliner Spottvogel.

Bruse: Hör' mal, Pampel, weeßt du nich, wie lange bei noch mit den verdammten Belagerungszustand dauern wird?

Pampel: Bis wir vernünftig werden.

Bruse: Vernünftig? Na, haben wir denn an jetzt Stroh in'n Kopp? Haben wir denn keene Vernunft?

Pampel: Ne, unser Jehirn hat jetzt weiter nichts als passiven Widerstand in sich jejen die Rejierungsvernunft.

Bruse: Wat is denn det: Rejierungsvernunft?

Pampel: Kanonen. Wie die Arbeiter sich erdreusteten, die Rejierung zu bedeuten, det se Unrecht hatte, de Rejierung, da kam de Rejierung mit Kanonen, un da hatte se recht, de Rejierung. Also det is Vernunft.

Bruse: Na, also wie lange wird der Belagerungszustand noch dauern?

Pampel: Bis wir vernünftig werden.

(Nach Glaßbrenner.)

Vollversammlung der Arbeiterräte.

Am Sonnabend, den 5. Juli, vormittags 10 Uhr, findet in den Germaniasälen, Chausseestraße, eine Vollversammlung der Arbeiterräte, der Kommunalen Räte, sowie der Delegierten der Soldatenräte statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der letzten Vollversammlung. 2. Stellungnahme zu der Streikbewegung der letzten Tage. 3. Stellungnahme zu dem Boykott der Freiwilligenverbände.

Der Vollzugsrat
der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin.
Fritz Brolat. J. V. Heinrich Malzahn.

Wieder ein Menschenleben ohne Grund vernichtet.

Anläßlich der Unruhen haben wir die unverantwortliche Schießerei auf offener Straße, die zahlreiche unschuldige Passanten getötet und schwer verletzt hat, gebrandmarkt. Dieser Tage ist abermals durch leichtfertige Knallerei ein schweres Unglück hervorgerufen worden, das durch die amtliche Brunnenvergiftung der Oeffentlichkeit in einem falschen Lichte dargestellt wird. Die bürgerliche Presse brachte kürzlich folgende Notiz:

Auf der Flucht erschossen. Der 22 Jahre alte Arbeiter Alfred Scharschmidt aus der Elbinger Str. 20 handelte am Stettiner Bahnhof an verbotenen Stellen mit Zigaretten. Gegen 9 Uhr abends forderte ein Polizeiwachtmeister ihn auf, den Platz zu verlassen. Als er nicht folgte, wollte der Beamte ihn feststellen. Jetzt ergriff er die Flucht und lief nach der Gartenstraße zu. Während er in die Straße einbog, schoß ein unbekannt gebliebener Soldat hinter ihm her und traf ihn so schwer in den Rücken, daß er tot zusammenbrach.

Auf der Flucht erschossen! Von einem Unbekannten! Wir kennen die Weise und auch die Herren Verfasser!

Ohne jeden Kommentar verbreitet die bürgerliche Presse diese aus polizeilicher Quelle stammende Notiz. Man hat also jedes menschliche Gefühl für die furchtbare Tragik, die in der Vernichtung eines blühenden Menschenlebens liegt, verloren. Handelte es sich hier um die Tötung eines auf der Flucht begriffenen Verbrechers oder Mörders? Nein, um den feigen Todschlag eines ehrlichen und harmlosen Arbeiters!

Der ohne jeden Grund erschossene Scharschmidt hat viereinhalb Jahre lang den Krieg mitgemacht, vielerlei Strapazen erdulden müssen und ist mehrmals wegen Tapferkeitsbezeugungen ausgezeichnet worden. Als schlichter Proletarier lehnte er es ab, die Orden öffentlich zur Schau zu tragen. Aus dem Kriege zurückgekehrt, jeder Existenz bar, bemühte er sich durch den ehrlichen Verkauf von Zigaretten seine Mutter, die eine Witwe ist und zwei schulpflichtige Kinder zu ernähren hat, tatkräftigst zu unterstützen. Sein ältester Bruder ist im Kriege gefallen und nun kommt ein zweiter Bursche daher und raubt der sorgenden Mutter ihren zweiten Sohn, der noch dazu ihre einzige Stütze ist!

Nach Mitteilungen von Augenzeugen hat Scharschmidt nicht einmal den Versuch gemacht, zu fliehen. Er ist vielmehr, sich keiner strafbaren Handlung bewußt, ruhig seines Weges gegangen, als er verhaftet worden war. Selbst wenn er aber den Versuch der Flucht gemacht hätte, so ließ sich auch in diesem Falle der Gebrauch der Waffe nicht rechtfertigen. Seit wann schießt man denn gleich auf einen Menschen, der sich nichts Strafbares hat zu schulden kommen lassen.

Dieser Fall zeigt deutlich, wie traurig es mit den öffentlichen Sicherheitsorganen zur Zeit in Berlin bestellt ist. Es muß den Soldaten kategorisch untersagt werden, von der Waffe Gebrauch zu machen, wenn sie es nicht mit Schwerverbrechern zu tun haben. Und diejenigen, die mit der Waffe ausgerüstet werden, müssen auf ihr Verantwortlichkeitsgefühl hin gründlich geprüft werden. Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit dürfen nur ältere, ruhige und besonnene Wachleute herangezogen werden. Leichtfertige Burschen, denen ein Menschenleben nichts bedeutet, dürfen nicht in die Gelegenheit kommen, mit der Waffe Unheil anrichten zu können.

Nur zu lange hat der Schießprügel die Straßen Berlins beherrscht und zahlreiche Opfer gefordert. Es wird endlich Zeit, daß dem abgeholfen wird und die Achtung vor dem Menschenleben wieder zur Geltung kommt.

Unterdrückung der Redefreiheit.

Nun soll den Berliner Bürgern sogar das Sprechen mit Passanten auf der Straße verboten werden. Die „B. Z. am Mittag" brachte gestern die Meldung, daß gegen Straßenpassanten auf dem Alexanderplatz die bewaffnete Macht aufgeboten würde, weil sie — geplündert hätten, denkt sicherlich der Leser. Aber nein! Die völlig wehr- und harmlosen Passanten hatten das in der „freien" Republik unerhörte Verbrechen begangen, mit Regierungstruppen ein Gespräch anzuknüpfen. Keiner der Passanten hatte den leisesten Versuch gemacht, die Regierungssoldaten irgendwie zu stören oder gar zu bedrohen. Die bloße Unterhaltung, das schlichte Wort, bot den Führern der Regierungstruppen Veranlassung genug, um ein Panzerauto mit Soldaten auffahren und Schüsse abfeuern zu lassen.

Ja, ja, das Wort, das aufklärende Wort, das dürfen die Regierungsleute nicht dulden. Es ist ihnen gefährlicher als Handgranaten und Maschinengewehre. Es kann nicht totgeschossen werden. Immer wieder wird es triumphieren, trotz aller Gewaltmittel, die man zu seiner Unterdrückung aufbietet.

Die Regierungstruppen dagegen, von denen jetzt Berlin überflutet ist, machen von ihrer Bewegungsfreiheit einen über die einem Gast gezogene Grenze weit hinausgehenden Gebrauch. Sie fühlen sich ganz als Herren Berlins. Zu dritt und zu vieren flankieren sie auf den Bürgersteigen belebter Straßen auf und ab, besonders den jungen Mädchen den Weg versperrend. Ein Berliner Bürger, der einen Sergeanten nur von der Seite ansah, weil dieser ihn anschaute, wurde auf der Stelle verhaftet und von einem Posten mit entsichertem Gewehr zur Wache gebracht. Hier wurde er mit Fäusten und Gewehrkolben bearbeitet und mit Ohrfeigen traktiert. Danach, nachdem er dermaßen verprügelt worden war, durfte er wieder gehen.

So behandeln einige der Regierungstruppen ihre Gastgeber.

Streik der Fortbildungsschüler.

Die Freie sozialistische Jugend hat in mehreren Versammlungen den Schulstreik für die Fach- und Fortbildungsschulen beschlossen. Sie sollen zu diesem Zwecke nicht nur dem Abendunterricht, sondern auch dem Tagesunterricht fernbleiben. Ihre Forderungen sind folgende:

1. Beseitigung des Abendunterrichts an allen Fach- und Fortbildungsschulen. Verlegung des Unterrichts in die Arbeitszeit.
2. Abschaffung der Prügel- und Arreststrafen.
3. Anerkennung der Schülerräte und Schülerversammlungen als mitbestimmende Vertretung der Jugend bei allen Schulfragen.

Die Forderungen sind vollkommen berechtigt. Wir haben schon dargelegt, daß von unsern Vertretern im Rathause die Forderung des Tagesunterrichts wiederholt erhoben worden ist. Auch die Beseitigung der Strafbestimmungen ist gerechtfertigt. Arrest und Prügelstrafen haben zu verschwinden. Daß Schülerräte eingerichtet werden, ist gleichfalls gutzuheißen.

Auch die indifferenten Massen der Jugend sind von einer großen Erregung ergriffen. Es wurde berichtet, daß in einer Schule ein Schüler wegen „spartakistischer Umtriebe" ausgeschlossen worden sein soll, weil er für die Wahl eines Schülerrats agitierte. Die Streikposten wurden zum Teil von der Polizei verhaftet. Andere Schüler wurden festgestellt und sollen Anklage erhalten wegen Aufhetzung zum Streik. In einer Schule griffen die Lehrer zum Mittel der Freiheitsberaubung, indem sie die Schultür abschlossen. Die rechtssozialistische „Arbeiter-Jugend" beteiligt sich nicht am Streik. Der „Vorwärts" glaubte Räubergeschichten über die Behandlung seiner Anhänger durch die Freie sozialistische Jugend erzählen zu sollen.

In einer Resolution wurden die Forderungen aufgestellt. Es wird darin gesagt:

„Die Versammelten sind sich darüber klar, daß die weitere wichtigste Forderung: Die Neuordnung des gesamten Schulwesens auf sozialistischer Grundlage, die Einführung der Einheits- und Arbeitsschule, ihre Verwirklichung erst in der künftigen kommunistischen Gesellschaft finden wird, nicht aber heute unter der Herrschaft der sogenannten sozialistischen Regierung, die nur im Interesse unserer Meister und Fabrikherren, unserer Kapitalisten die revolutionäre Jugend und Arbeiterschaft bekämpft.

Unser Schulstreik soll deshalb gleichzeitig dazu dienen, den großen Massen der Jugend die Augen zu öffnen, über das Wesen der heutigen Regierung, die bisher für die Jugend nichts getan hat und jetzt nichts tun wird, weil der Profit unserer Ausbeuter dabei leiden würde. Darum gilt unser Kampf auch der heutigen kapitalistischen Regierung."

Ferner werden wir in dieser Resolution getadelt. Schärfster Protest wird gegen uns erhoben, weil wir das Fernbleiben vom Unterricht als nicht im Interesse der Jugend liegend bezeichnet haben, gerade weil wir in der Sache auf der Seite unserer Jugend stehen.

Ueber die Wirkung des Schülerstreiks wird berichtet, daß mehrere Schulen, darunter die 3. in der Brangelstraße, die von 4500 Schülern besucht wird, die 6. in der Georgenkirchstraße 2, die von mehreren Tausend Schlossern usw. frequentiert wird, die 1. und 7., 8. und 10. geschlossen werden mußten.

Luftverkehr. Die Hamburg-Amerika-Linie hat eine regelmäßige Flugzeugverbindung von Berlin über Hamburg nach Westerland-Sylt, ferner von Berlin nach Swinemünde mit Kraftwagenanschluß nach Ahlbeck, Heringsdorf und Bansin, sowie von Berlin nach Warnemünde-Heiligendamm eingerichtet. Die Flugdauer beträgt von Berlin auch den genannten Ostseebädern ungefähr 1½ Stunde, von Berlin nach Hamburg 2, und von Hamburg nach Westerland ebenfalls 2 Stunden. Der Luftverkehr wird am Sonnabend, den 5. Juli eröffnet. Alles Nähere, sowie Annahme von Fluggästen und Paketen durch die Hamburg-Amerika Linie und deren Agenturen.

Für Deutsche in Kriegsgefangenschaft! Anträge auf Bewilligung von Gehalts- und Löhnungsteilen für die in Kriegsgefangenschaft geratenen oder vermißten deutschen Heeresangehörigen sind nicht dem Kriegsministerium vorzulegen, sondern den betreffenden Truppenteilen. Sind diese nicht bekannt, so haben die Antragsteller ihre Gesuche an die zuständigen Generalkommandos zu senden, die sie an die in Frage kommenden Truppenteile unverzüglich weiterleiten oder für ihre unmittelbare Erledigung selbst Sorge tragen werden.

Lebensmittelkalender.

Berlin. In der Woche vom Montag, den 7., bis Sonntag, den 13. Juli, findet eine Fettverteilung auf die Einfuhr-Zusatzkarte gegen beide Abschnitte H. 8a der Einfuhr-Zusatzkarte unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in den zum Speisefettbezuge bestimmten Kleinhandelsgeschäften statt. Käseverteilung: Bis Sonntag in dem Bezirke der 216. Brotkommission, bis Montag, den 7. Juli, in den Bezirken der 91., 191. und 213. Brotkommission und bis Dienstag, den 8. Juli, in den Bezirken der 97., 100., 101., 193., 194., 200., 201. und 219. Brotkommission, 125 Gramm Käse.

Auf die beiden Abschnitte 28a der Kartoffelkarte vom Freitag ab ein Pfund Frühkartoffeln, Preis 20 Pfg. Da die erst allmählich in den Gang kommenden Zufuhren an Frühkartoffeln zunächst nur eine schwache Belieferung der Kleinhändler ermöglichen, wird der Endtermin, zu dem das eine Pfund Frühkartoffeln abgenommen werden muß, noch später rechtzeitig bekanntgegeben. Für die fehlenden 4 Pfund Kartoffeln wird Ersatz ausgegeben werden; hierüber ergeht noch eine besondere Bekanntmachung.

Reinickendorf. 125 Gramm Reis (48).

Wittenau. Von Freitag ab 200 Gramm Nudeln (36 u. 37), 100 Gramm Grieß (38), 500 Gramm Auslandsmehl (B. 7 u. B. 8).

Johannisthal. Von Freitag, den 4. Juli, ab, 250 Gramm Kunsthonig (457), 200 Gramm ukr. Weizenmehl (36), 200 Gramm Haferflocken (39), ein Suppenwürfel (469), 125 Gramm Weizenmehl für Jugendliche.

Staaken. Freitag Grieß, Feinteig. Sonnabend Butter, Haferflocken, im Freiverkauf: Marmelade, kondensierte Milch, Suppen und Hefe.

Vereine und Versammlungen.

(Erste Zeile 1 Mark, zweite Zeile 1,50 Mark. Aufnahmen nur bis zwei Zeilen zulässig.)

Friedenau. Freitag abend 8 Uhr in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Hauptstraße. Oeffentliche Versammlung. Lebensmittelwucher und Arbeiterrat. Redner: Kano (S. P. D.), Plättner (U. S. P. D.), Wendel (K. P. D.). Der Arbeiterrat.

Zentralverband der Fleischer, Bezirk Reinickendorf-Tegel. Oeffentliche Versammlung Freitag 7½ Uhr bei Becker, Residenzstraße 130.

Zentralverband der Fleischer, Bezirk Lichtenberg-Friedrichsfelde. Versammlung Freitag 7½ Uhr bei Maas, Frankfurter Allee 135.

Obleute der Fachgruppe XII (Eisenkonstruktion, Geldschrankfabriken, Großschlossereien usw. Sonnabend, den 5. Juli, abends 7½ Uhr, Weihenstephan, Friedrichstr. 175.

Kaufmännische und technische Angestellte in den Berliner Schlossereien und Geldschrankfabriken. Freitag 7 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstr. 24/25 Versammlung. Bericht über den Tarif.

Vertrauensl. d. Ang.-Ausschüsse d. Hilfskr. d. Magistr. Berlin. Sonnabend, 5. Juli, 2 Uhr nachm., Margarethen-Lyzeum, Iffland-straße, Versammlung.

Deutscher Werkmeister-Verband, Berlin 7. Dienstag, den 8. Juli, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung Patzenhofer, Turmstraße, Ecke Stromstraße.

A. L. Spandau. Freitag, den 4. Juni, Vertrauensmänner-Sitzung bei Mecklenburg, Ravenéstr. 6, vormittags 11 Uhr.

Achtung! Spandauer Heeresbetriebe! Informationsobleute: Norden: Ravenéstr. 6 bei Mecklenburg. Osten: Straßmannstr. 27 bei Rott. Weiteres folgen.

Informationslokale: Spandauer Heeresbetriebe. Zentrum: Alte Schönhauser Straße 23/24 bei Schrader. Moabit: Turiusstr. 10 bei Ziger. Schöneberg: Feurigstraße bei Berg, Eisenberg-Passage. Charlottenburg: Rosinenstraße (Volkshaus).

Informationslokale Spandauer Heeresbetriebe. Neukölln: Weichselstr. 8 (Ideal-Passage). Auskunft Dienstag und Freitag von 3—5 Uhr. Alle bisherigen Informationslokale sind aufgehoben.

Hilfsarbeiter, Hilfsarbeiterinnen, Kanzlisten ohne Dienstvertrag, Hilfspolizeimannsch., Hilfsaktenhefter, Hilfsboten, Läufer des Magistrats Spandau, Betriebsversammlung, Freitag, 4. Juli, nachm. 6 Uhr, Aula Oberrealschule, Moltke-, Ecke Friedrichstraße.

Angestelltenausschüsse der Fachgruppe 3 b, Heeresbetriebe, wollen bis 7. d. M. ihre Dienstadressen und die Zahl der beschäftigten Angestellten dem Zentralausschuß der Angestellten-Ausschüsse von Groß-Berlin, Berlin NW., Werftstr. 7, einsenden.

Freie sozialdemokratische Jugend. Petersburger Viertel. Achtung! Neues Lokal. Freitag, 7½ Uhr, Kroll, Tilsiter Straße 64, Gruppenversammlung.

Freie sozialistische Jugend Steglitz. Oeffentliche Jugendversammlung Freitag abend 7 Uhr bei Schellhase, Ahornstr. 15 a.

Intern. Bund der Kriegsbesch. und Kriegshinterbl. Mitgliederversammlung Ortsgruppe Steglitz-Friedenau: Gürle, Friedenau, Rheinstraße 33, Freitag, 4. Juli.

Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten. Ortsgruppe Charlottenburg. Heute Freitag, abends 7 Uhr, Bezirksversammlungen. Bezirk II Wallstraße 96 bei Werner, Bezirk VI Joachimsthaler Straße 37.

Reichsbund der Kriegsbesch., Bez. Norden. Freitag, 4. Juli, abends 7 Uhr, Kriegsbesch.-Vers. Büttners Festsäle, Schwedter Straße 23/24. — 7. Juli, abends 7 Uhr, Hinterbliebenen-Versammlung.

Der Reichsbund der Kriegsbesch., ehem. Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebene, Bezirk Tempelhof. Sonnabend, 5. Juli, abends 7½ Uhr, Restaurant Töpfer, Tempelhof, Berliner Straße 100, Mitgliederversammlung.

Arbeiter-Samariter-Bund, Kolonne Groß-Berlin. Lehrstunde haben nächste Woche: Montag, den 7. Juli, Bezirk Osten, Abt. 4, Lichtenberg, Scharrnweberstr. 60, Restaurant Pickenhagen. Bezirk Tempelhof, Berliner Straße 92, Restaurant Marten, Donnerstag, den 10. Juli. Bezirk Westen, Abt. 3, Schöneberg, Vorbergstraße 11, Restaurant Haendel. Abt. 6, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 41 b, Restaurant Thelen, Freitag, den 11. Juli. Bezirk Norden, Abt. 2, Usedomstr. 33, Restaurant Abiter. Bezirk Süden, Abt. 5, Neukölln, Weichselstr. 3 (Ideal-Passage). Diese Lehrstunden finden abends pünktlich 7½ Uhr, statt, wozu Gäste einmaligen freien Zutritt haben.

Freie Turnerschaft Charlottenburg. Sonntag, 6. Juli, Sportfest. Städtischer Spielplatz, Westend, Spandauer Chaussee.

Abt. Schmargendorf. Freie Turnerschaft turnt Turnhalle Realgymnasium Cranzerstraße (Hohenzollerndamm).

Freie Turnerschaft Neukölln-Britz. Montag, den 7. Juli, eröffnen wir in der Turnhalle Mariendorfer Weg unsere 6. Schülerabteilung. Turnzeit von 6 bis 8 Uhr abends.

Arbeiter-Wanderbund „Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Freitag abend 7½ Uhr Generalversammlung im Sophien-Gymnasium (nicht Lyzeum), Weinmeisterstr. 15.

Wandergenossinnen und Genossen in Spandau, die Interesse haben an der Bildung einer Ortsgruppe des Arbeiter-Wanderbundes „Naturfreunde“, werden gebeten, ihre Adresse dem Genossen Erwin Scheffler, Berlin O. 42, Prinzenstr. 24, mitzuteilen.

Freier Wanderbund. 1. Nachtteur: Abfahrt Sonnabend 6.17 Uhr nachm. Stettiner Fernbahnhof. 2. Abfahrt: Anhalter Bahnhof 5.53 Uhr (Sonntag früh).

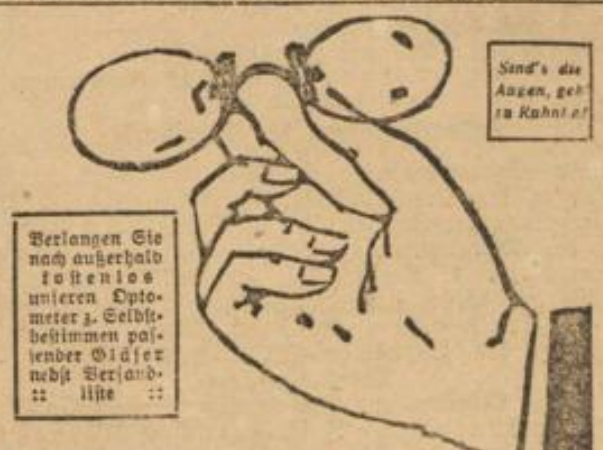
Arbeiter-Wassersportverband Kreis I. Am 8. Juli Schwimmwettübungsstunde im Seebad Weißensee, abends 7½ Uhr. Rettungsübungen und Vortrag des Gen. Menschel. Schriftliche Mitteilungen an Fritz Buschmann, Neukölln, Wipperstr. 17.

Verantwortlich für die Redaktion Emil Rabold, Berlin. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

Kleidet Sie Ihr Kneifer?

Zunächst muß er gerade sitzen, denn ein schiefes Augenglas wirkt immer häßlich. Dann muß er angenehm sitzen, ohne zu drücken, ohne zu rutschen, denn jede Belästigung macht nervös. Ferner muß er in der Größe zu Ihrem Gesicht passen, denn ein Mißverhältnis zeugt nie für guten Geschmack. Runde Gläser sind Mode, doch kleiden sie nicht jeden, auch sind sie nicht immer notwendig zum richtigen Sehen, aber stets sind sie schwerer als ovale. Wohl jeder legt Wert darauf, durch passende Kleidung einen guten Eindruck zu machen; auch Herren tun das. Jedoch wird das Augenglas kaum dabei berücksichtigt, obgleich es am meisten den Gesichtsausdruck beherrscht. — Damen benutzen für die Straße am besten Ruhnkes moderne Lorgnetten. Wenn aber eine Dame einen Kneifer dauernd tragen muß, so nur einen Ruhnke-Kneifer ohne Randeinfassung.

Die Augenuntersuchung ist kostenlos. Wir garantieren für passende Gläser.



Verlangen Sie nach außerhalb kostenlos unseren Optometer z. Selbstbestimmen passender Gläser nebst Versandliste

Optiker Ruhnke

20 Geschäfte:

C Spittelmarkt, Ecke Waisstraße. — Alexanderplatz, neben Aschinger. — SO Oranienstr. 44, nahe Oranienplatz. — W Leipziger Str. 113, Ecke Mauerstraße. — Linkstr. 1, Ecke Potsdamer Str. — Friedrichstr. 193a, Ecke Leipziger Straße. — Friedrichstr. 106, Ecke Hagelberg. — N Chausseestr. 72. — Invalidenstr. 164, E. Brunnenstr. — NW Friedrichstr. 150, Ecke Torstrasse. — **Schöneberg:** Hauptstr. 21, am Kaiser-Wilhelm-Platz. — **Friedenau:** Rheinstr. 18, Ecke Kirchstr., gegenüber der Kaiser-Eiche. — **Wilmersdorf:** Berliner Str. 132/3, an der Uhlandstr. — S Rixdorfer Damm 10, nahe Warenhaus Jandorf. — **Neukölln:** Bergstraße 4, gegenüber Richardplatz. — **Spandau:** Breite Straße 18. — **Charlottenburg:** Tauentzienstraße 15, Ecke Nürnberger Straße. — Joachimsthaler Straße 2, am Bahnhof Zoo. — **Neu!** SW Belle-Alliance-Str. 4, am Hallschen Tor. — N Schönhauser Allee 81, Hochbahn-Station Nordring.

Bekanntmachung

betreffend 8. Fettverteilung vom 7. bis 13. Juli 1919.

Gemäß § 5 der Verordnung über Lebensmittelkarten vom 10. Oktober 1916 und der §§ 17, 18, 29, 30, 32, 35, 39 der Bekanntmachung über Speisefette vom 20. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 755) und den Verordnungen der Fettstelle Groß-Berlin vom 20. Dezember 1916 über Abgabe und Entnahme von Speisefetten und über die Anmeldung des Speisefettbezuges wird für den Bezirk der Fettstelle Groß-Berlin bestimmt:

1. Auf Abschnitt **X 8** der Einfuhr-Zusatzkarte entfallen **50 gr Margarine.**
2. Der Kleinhandelspreis für 50 gr Margarine beträgt 28 Pfennige.
3. Die Margarine ist in den zum Speisefettverkauf im Bezirke der Fettstelle Groß-Berlin zugelassenen Kleinhandelsgeschäften **gegen Abgabe der beiden Abschnitte X 8 der Einfuhr-Zusatzkarte** unter gleichzeitiger Vorlegung der Speisefettkarte in der Woche vom **Montag, den 7. Juli, bis Sonntag, den 13. Juli 1919** in Empfang zu nehmen.

Die Margarine ist in dem Kleinhandelsgeschäfte in Empfang zu nehmen, in welchem der Verbraucher zum Speisefettbezuge eingetragen ist.

Urlauber und Schiffer erhalten die Margarine ebenfalls.

4. Die Kleinhändler haben die von ihnen für die Margarine angenommenen Abschnitte getrennt gebündelt, zusammen mit den Speisefettkartenabschnitten am Montag, den 14. Juli 1919, an ihren zuständigen Großhändler abzuliefern.
5. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschriften werden gemäß § 35 der Bekanntmachung vom 20. Juli 1916 (R. G. Bl. S. 755), sofern nicht nach anderen Vorschriften schwerere Strafen verwirkt sind, bestraft.

Berlin, den 30. Juni 1919.

Fettstelle Groß-Berlin (Butter).
Wermuth.

Kgb. Nr. 5391 Abu.

Deutscher Metallarbeiter-Verband,

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit von 9—4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Sonntag, den 6. Juli 1919, vorm. 10 Uhr

Branchen-Versammlung

der Wickler, Wicklerinnen und Isolierer Berlins und Umgegend

in der Aula der Schule Grünthaler Straße 5.

Tagesordnung:

1. Wie regeln wir unsere Lohnverhältnisse ohne Kollektivvertrag?
2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist das pünktliche Erscheinen aller Kollegen und Kolleginnen dringend notwendig.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 6. Juli 1919, vorm. 10 Uhr

Branchen-Versammlung

der Schmiede Groß-Berlins

in Bökers Felssälen, Weberstraße 17.

Tagesordnung:

1. Wie stellt sich die Branche zu dem Kampf der Lokomotivschmiede?
2. Diskussion.
3. Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Achtung! Rohrleger u. Helfer Achtung!

Montag, den 7. Juli 1919, abends 6 Uhr

Wahl-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15 (Saal 4).

Tagesordnung:

1. Die Arbeiterräte und deren Aufgaben.
2. Ersatzwahl für den Arbeiterrat unseres Berufes.
3. Verschiedenes.

Kollegen! Agitiert für diese wichtige Versammlung und sorgt für zahlreiches Erscheinen.

Die Ortsverwaltung.

In den nachstehenden Speditionen werden sofort Botenfrauen eingestellt:

Berlin
Girschner, Sitschiner Straße 92. Döring, Steinmetzstr. 23, Hackebarth, Michaelkirchpl. 2.

Potsdam
Dotzauer, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.

Wilmersdorf
Denecke, Augustastraße 60.

Tempelhof
Bartsch, Werderstraße 31.

Motor- und Fahrradschlosserei
umständehalber billig zu verk. Zu erfragen Lichtigstr. 47, Keller.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Reizende Schlafzimmer, Speisezimmer mit Rindledersofa, Küche, Anrichte, Kleiderschrank, Vorsch. einz., Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, eichenes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft **Teitz**, Köpenicker Str. 154, 4. Etg. Verkauf an Privatleute. Händler verb.

Verliehengewesene und neue Möbel verkauft billigst Seelig, Lothringer Straße 23 (Schönhauser Tor). Kleiderschränke, Vertikos 65.00, 85.00, 125.00, neue zusammen 300.00, Bettstellen m. Matratzen 65.00, 85.00, Muschel-, engl. Bettstellen, Sofa, Chaiselongue, Spiegel, Kommode billigst. Gr. Auswahl in eleganten neuen Möbeln. Komplette Küche 175.00. Versende nach außerhalb.

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.— an. Meicke, Augustastraße 32 a. Quergeb. parterre.

Küchen, moderne, mit, ohne Anrichte, von gestrichen, Riesen-Auswahl, enorm preiswert, Himmel, Lothringerstr. 22.

Metallbetten, Auflegematratzen, Patentmatratzen, Chaiselongues, Umbausofas Tapezierer Walter, Stargarder Straße 18.

Bettbezüge, Laken Inlett, Tischtücher, Servietten, billig. Richardt, Warschauer Str. 80.

Pianos vorzügliche neue aus gutem Material, gute gebrauchte, wenig gespielte Pianos in großer Auswahl verkauft nur gegen Barzahlung, daher mäßige Preise. **Liban, Neukölln, Münchener Str. 38**

Gelegenheitskäufe. Täglicher Verkauf von Kleiderspinden, Vertikos, modernen Küchen, Trumeaux, Sofas, Bettstellen, Ruhebetten und ganzen Einrichtungen zu billigen Preisen. Goldmann, Danziger Str. 58.

Holzräder aller Größen, Leiterwagen, Kastenwagen, engros und detail. Weidlich, Brunnenstraße 96. Nord. 8684.

Piano und Flügel
Harmonium
neue, gebrauchte, sehr preiswert. Seydler, Oranienplatz 21

Teppich- u. Gardinen-Gegenseitigkeitskäufe, Zehdenicker Straße 15 (Rosenthaler Platz). Große Auswahl in Tischdecken, Tisch- und Divandecken, Steppdecken, Stores, Portieren, Zuggardinen, Wanddekorationen, Bettvorlagen, Teppichen, Läuferstoffen und dergl., preiswert.

Parteigenossen. Tischlerei gibt neue und gebrauchte Möbel billig ab. Chorner Str. 32.

Tourenrad, elegante Holzfelgen, Torpedofreilauf, Gummibereifung, 350.—, verkauft Degen, Lichtenberg, Boxhagener Chaussee 13. Portal I.

Muschelbettstelle mit Matratze, fast neu, Teppich, gut erhalten, billig zu verkauf. Barbarossastr. 13, Portier.

Fahrrad, Gummi, Freilauf, Dossestr. 20 I Weißbrock.

Jugendrad, Brennabor, guten Gummi, verkauft Kleiner, Erasmusstraße 11 Moabit.

Mandoline, Laute, Gitarre
Wandermandoline 45.—, erstkl. 85.-. Konzertlaute 125.—, 145.-. (Unterricht 8.—, Monatshonorar, evtl. 10 stündige Schnellkurse). Künstlervioline mit Zubehör 125.—. Konzertgeige 65.—. Ernst, Oranienstr. 166 III.

Gehrock. Damenjackett, etwas gebraucht, verk. Woldsch. Wichertstr. 56.

Dezimal-Tafelwagen, Gewichte, Engros-Lager Wagner, Köpenicker Straße 71. (Kein Laden).

Elektrische Kupferdrähte, Motoren verkauft Installation Greifswalder Str. 1a.

Tiermarkt

Hundeverkauf Hundeankauf. Zentral-Hundepark, Prenzlauer Straße 11. Teleph. Alexander 2819.

Legehühner, Tauben, Enten, Gänse, Kaninchen verkauft Steins Klein Verhandlung, Wiener Straße 29.

Abessinier verkauft oder tauscht gegen Hühner oder Kaninchen. Walther, Lichtenberg, Röderstraße 60.

Kaufgesuche

Kupfer
sämtl. Metallabfälle, Quecksilber, Platin, Gold, Silberbruch, Zahngebisse kauft zu Fabrikpreisen „Metallschmelze Coba“ Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiz.-Friedr.-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Platin! Silber!
zu Original-Schmelzpreisen kauft **Metallschmelze Coba,** Brunnenstr. 11 Hof und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz).

Messing
Quecksilber! Zink! Sämtliche Metallabfälle! Platin! Gold! Silber! Zahngebisse! kauft zu Fabrikpreisen! **Metallschmelze Baruch** Fennstr. 48

Quecksilber
Platin! Zahngebisse! Silber! Kupfer! etc., kauft zu **Selbstverbrauch-Preisen** „Metallschmelze Baruch“ FENNSTRASSE 48

Platinankauf
Silberabfälle, Zahngebisse, Goldabfälle, Münzen kauft Frau P. Linke, Blücherstr. 40.

Platinankauf
Silberabfälle, Goldabfälle, Zahngebisse, Münzenkauf Frau Knuth, Ziemskirchstr. 54 v. II.

Kupfer,
sämtlich, Metallabfälle, Quecksilber, Gold, Silber, Platin kauft Metallankauf **Schulzendorfer Straße 2.**

Platinabfälle!! Zahngebisse! Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Aluminium, Zink, Blei, Glühstrumpfasche, höchstzahlend Edelmetall-Einkaufsbüro, Weberstr. 31 (Alexander 4743).

Platinabfälle! Goldbruch, Silberbruch, Silberlote, Quecksilber, Zahngebisse, Kupferabfälle, Messingabfälle, Nickel, Aluminium, Zinn, Zink, Blei kauft Metalleinkaufs-Zentrale, Neanderstraße 15, Moritzplatz 667. Händler, Fabrikanten Engrospreise.

Metallschmelze,
Messing, Kupfer, Blei, Zinn, Platinabfälle, Zahngebisse, Goldsachen, Silbersachen, Münzen kauft **Christonat,** Reichenberger Str. 27 (Kottbuser Tor).

Metalle jeder Art zu höchsten Preisen kauft Zweig, Invalidenstraße 142. Telephon: Norden 9649.

Elektrische Leitungsdrähte, Litzen, Kabel kauft Schumann, Andreasstraße 75, vorn II, am Schlesischen Bahnhof.

Leinölfirnis
Standöl, Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Borowski, Oneisenaustr. 5 (Hallesch. Tor) Nollendorf 7370

Klavier
oder Flügel, eventuell Harmonium, kauft **Schachtschneider** Bockower St. 14 III

Plüsche,
Möbelstoffe, Stoffreste kauft jeden Posten „Seidenverbraucher“ Gladiat, Hagenauer Straße 14, Tapezierer.

Holzschrauben, auch andere, kauft Lehmann, Spandauer Brücke 9.

Schellack und Leim, auch pfundweise, kauft E. Thau, Berlin, Wielefstr. 29 I. Moabit 2252.

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker- und Spuldraht kauft höchstzahlend Elektrobüro Oranienstr. 199. Mpl. 4016.

Schlafzimmer
zu kaufen gesucht **Bick,** Zionskirchplatz 1.

Möbel, Teppiche, ganze Nachlässe kauft Vogel, Ackerstraße 35 Postkarte.

Zigaretten, Zigarren, Tabak jeden Posten kauft Zigarrenladen, Waltstr. 80.

Kaufe Gummiabfälle jeder Art zu guten Preisen, **R. Nachemstein** G. m. b. H. Charlottenburg, Winkelscheidstr. 8.

Chaiselonguedecke (rot Plüsch), kleiner Rohrplattenkoffer zu kaufen gesucht. Off. unter B 1 a. d. Exp. d. Blatt.

Goldene Herrenuhr und Kette, kauft John, Göbenstr. 9, l. Stg. III. Sonntag 9—2.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer, nur neue, Schmirgelleinen jeden Posten kauft **Henschel,** Rostocker Straße 22. Moabit.

Schnellaufbohrer, neue, kauft laufend und zahlt höchste Preise. Stübner, Pankow, Westerlandstr. 18.

Spiralbohrer nur neue kauft jeden Posten. Schlickeiser, Lange Str. 13. Eingang Krautstr.

Spiralbohrer, neu, Schmirgelleinen, Schreibmaschinen jeden Posten kauft Zimmer, Moabit, Wittstocker Str. 19, Quergeb. I.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft Frick, Reinickendorf, Sommerstr. 45, am Bahnh. Schönholz, Reinickendorf 3118.

Spiralbohrer, konische, jeden Posten kauft Marten, Löwestr. 2 III.

Spiralbohrer, neue, Mikrometer, kauft Beithke, Nazarethkirchstraße 52 I.

Motore, Kupferleitungen, sämtliches Installationsmaterial kauft Installationsgeschäft Bleyer, Grundeuer Straße 8, Alexander 3284.

Spiralbohrer, Schmirgelleinen kauft laufend Becker, Wilmersdorf, Wexstr. 25 (am Bhf. Wilmersdorf-Friedenau), Pfalzb. 7222.

Spiralbohrer kauft alle Dimensionen Zeaner, Holzmarktstr. 13, Seitenflügel links. Geschäftszeit von 2—6 Uhr.

Spiralbohrer, neue, kauft Suhr, Beusselstr. 66.

Spiralbohrer, Werkzeuge, nur neue, Motore, Schreibmaschinen, neue und gebrauchte, kauft laufend Richard Berlin, Moabit, Lübecker Str. 16.

Spiralbohrer kauft, höchste Preise, Oeniesser, Gneisenaustraße 5.

Spiralbohrer, alle Größen kauft höchstzahlend Endler, Köpenicker Straße 96. Nähe Stadtbahn Jannowitzbrücke u. Untergrundbahn Inselbrücke.

Arbeitsmarkt

Student
phil. et rer. pol., Mitglied der U. S. P., der seiner überzeugten sozial. Ges. wegen seine Familie aufgegeb. hat, sucht geist. Beschäft. Ang. u. A. O. 101 Exp.

Schlosser, Hobler, Kappenbauer, welche bereits a. Kuvertmaschinen gearbeitet haben, werden eingestellt Michaelkirchstraße 25.

Verschiedenes

Rechtsrat! b. Hirschler, Friedrichstraße 11 (Stettiner Bahnhof) Vertretung vor allen, auch amtsrichterl. Gerichten, Ehescheidungs-Alimenten-, Strafsachen! Gratis-Beratungsstunde. Letzte Erfolge: 6 Monate 7 Wochen Gefängnis erlassen! Erfolgreiche Haftentlassungs-Gesuche. Elite-Anerkennungen. Ratserteilung unentgeltlich. Auch Sonntag vormittags.

Rechts-Auskunftei. Invalidenstraße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittelungen.

Adalbertstr. 3
(Hausnummer beachten!) ist die Rechtsdetektei „Wahrheit“. Ehescheidungen! Strafsachen! Rechtserfolge! Detektivtreffer!

Detektivbureau, Beobachtungen, Ermittlungen, Ehescheidungen, Kreditauskünfte billigst. Adalbertstrasse 4

Kriegsanleihe, Auslandspapiere, Pfandscheine, Forderungen beleiht, kauft Beleihungsstelle für Wertpapiere Holzmarktstr. 69/70.

Spezial-Arzt Dr. med. Grütering
Haut-, Harn-, Geschlechtskrankheiten.
Invalidenstraße 35,
E. Chausseestr. a. Stett. Bhf.
11-1, 4-8, Sonntags 11-12.

Facharzt
Dr. Meyenberg
für Geschlechtsleiden
11—1 und 5—7 Uhr
Potsdamer Str. 27 b.

Facharzt
für Haut-, Harn-, Frauenleiden. Salvarsankuren. — Blutuntersuchung. — Schnellste Befreiung v. ansteckenden Krankheiten der Harnorgane in Dr. Ritters Heilanstalt **Potsdamer Str. 27b** 11-1, 5-7. Sonntag 11-1.

Allen Beisitzern u. Parteien des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin zur Kenntnis, daß Verhandlungen des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin infolge des Verkehrsstreiks bis auf weiteres nicht stattfinden. Die Rechtsauskunftsstelle des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin kann weiterhin in der Zeit von 10 bis 1 Uhr Sonnabends von 10 bis 1 Uhr unentgeltlich in Streitfälle treten, die das Arbeitsverhältnis betreffen, in Anspruch genommen werden.

Schlichtungsausschuß Groß-Berlin,
Berlin N 4, Schlegelstraße 2

Hohe Belohnung
demjenigen, der unseren am 3. d. Mts., nachmittags 3 Uhr vor dem Hause Kitzingerstr. 73 gestohlenen Fuchs, welcher an einem Geschäftswagen gespannt war, wiederbringt, oder zur Wiedererlangung verhilft. Der Geschäftswagen ist in der Zeughofstraße stehen gelassen worden. Beschreibung: Fuchsstute, mittelgroß, 6-7jährig, weißen Stern, langen Schweif, kurzgeschnittene Mähne, linker Vorderhuf Brandnummer 675. **Rhinow & Sohn,** Telephon: Lichterfelde 20.

Verloren braun, Hund, Art Terrier, ohne Marke a. d. Nam. „Schnauzel“ hörend, geg. Belohn. abzugeb. Adlershof, Kiltan, Handlerystraße 12.

Spezialarzt Dr. Haedicke
Haut-, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen
Friedrichstraße 187 a
(a. d. Mohrenstraße)
11—1, 3—7. Sonntags 11—1.

Die Beerdigung meines Sohnes

Paul Laatz

18 Jahre alt, Lychenerstraße 104, welcher von den Noske-Truppen als harmloser Straßenpassant vor dem Hause Invalidenstr. 7 ermordet wurde, findet Freitag, den 4. Juli, nachmittags 4 Uhr, auf dem Friedhof Nordend, Gethsemane-Gemeinde, statt. Ein Geistlicher ist nicht anwesend, allen Gesinnungsgenossen der U. S. P. D. und Freunden zur Kenntnisnahme.

Die trauernden Eltern und Brüder
Ernst Laatz
Elise Laatz
Erwin Laatz

Großen Erfolg
haben selbst die
Kleinen Anzeigen
in der „Freiheit“.